

Shell Deutschland
Holding (Hrsg.)

Jugend 2010

Eine pragmatische Generation
behauptet sich

Konzeption & Koordination:

Mathias Albert,

Klaus Hurrelmann,

Gudrun Quenzel &

TNS Infratest Sozialforschung

Fischer Taschenbuch Verlag

Konzeption & Koordination
 Mathias Albert,
 Klaus Hurrelmann,
 Gudrun Quenzel &
 TNS Infratest Sozialforschung

Autorinnen und Autoren
 Mathias Albert,
 Universität Bielefeld
 Thomas Gensicke,
 TNS Infratest Sozialforschung
 Klaus Hurrelmann,
 Universität Bielefeld

Ingo Leven,
 TNS Infratest Sozialforschung
 Sibylle Picot,
 TNS Infratest Sozialforschung
 Gudrun Quenzel,
 Universität Bielefeld
 Ulrich Schneekloth,
 TNS Infratest Sozialforschung
 Michaela Willert,
 TNS Infratest Sozialforschung

Originalausgabe

Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag,
 einem Unternehmen
 der S. Fischer Verlag GmbH
 Frankfurt am Main, September 2010

© Shell Deutschland Holding GmbH,
 Hamburg, und Fischer Taschenbuch Verlag
 in der S. Fischer Verlag GmbH,
 Frankfurt am Main 2010

Typografie, Grafik und Satz:
 Farnschlader & Mahlstedt, Hamburg
Herstellertechnische Betreuung:
 Christiane Grosholz
Druck und Bindung:
 CPI - Clausen & Bosse, Leck
 Printed in Germany

ISBN 978-3-596-18857-4

Unsere Adressen im Internet:
www.fischerverlage.de
www.hochschule.fischerverlage.de

Inhalt

	Geliebte von Shell zur 16. Shell Jugendstudie	11
	Vorwort der Autorinnen und Autoren	13
	Zusammenfassung	15
1	<i>Mathias Albert, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel</i> Jugend 2010: Selbstbehauptung trotz Verunsicherung?	37
1.1	Jugendliche und ihre Entwicklungsanforderungen	37
1.2	Jugendliche und ihre Familienorientierung	43
1.3	Jugendliche Lebenswelten und Wertorientierungen	46
1.4	Jugendliche und Politik	49
2	<i>Ingo Leven, Gudrun Quenzel, Klaus Hurrelmann</i> Familie, Schule, Freizeit: Kontinuitäten im Wandel	53
2.1	Die Herkunftsfamilie bietet Orientierung und Sicherheit	55
2.1.1	Stellenwert der Familie	55
2.1.2	Kinderrwunsch	59
2.1.3	Die eigenen Eltern: mehr als nur Schicksalsgemeinschaft	63
2.2	Schule und Berufsbildung - Erfolg bleibt eine Frage der Herkunft	70
2.2.1	Schulische Bildung - Schlüssel zum Erfolg	71
2.2.2	Die Mädchen als Bildungsgewinner	74
2.2.3	Der schulische Druck steigt	75
2.2.4	Nachhilfeunterricht - Ganztagschule durch die Hintertür	80

- 2.3 Die Freizeit – das Labor der Selbsterfahrung 80
- 2.3.1 Der bunte Alltag Jugendlicher 81
- 2.3.2 Freizeit der Jugendlichen – wie weitreichend soziale Herkunft wirkt 96

- 2.4 Der Vormarsch des Internets – jetzt zählen die Inhalte 101
- 2.4.1 Verbreitung – der Siegeszug im vergangenen Jahrzehnt 101
- 2.4.2 Zeit im Internet – wie die Zeit vergeht 103
- 2.4.3 Content – oder was Jugendliche ans Internet fesselt 103

- 2.5 In den Zukunftsperspektiven spiegeln sich soziale Herkunft und Selbstbehauptung 110
- 2.5.1 Differenzierte Bewertung des eigenen Alltags 110
- 2.5.2 Optimismus in der Jugend nimmt auf breiter Front zu 121

Ulrich Schneekloth

3 Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven 129

- 3.1 Demokratie nach wie vor auf Distanz?
 - 3.1.1 Politisches Interesse 130
 - 3.1.2 Einstellung zur Demokratie 136
- 3.2 Politik und eigenes Engagement: Politikverdrossen, aber trotzdem aufmerksam und engagiert 142
 - 3.2.1 Politische Aktivitäten 142
 - 3.2.2 Aktiv sein im Alltag 152
- 3.3 Gesellschaftliche Integration und Alltagskonflikte 157
 - 3.3.1 Toleranz gegenüber gesellschaftlichen (Rand-)Gruppen 158
 - 3.3.2 Verwicklung in Auseinandersetzungen im Alltag 161

Ulrich Schneekloth, Mathias Albert
4 Entwicklungen bei den „großen Themen“: Generationengerechtigkeit, Globalisierung, Klimawandel 165

- 4.1 Jung und Alt im demographischen Wandel 165
- 4.2 Globalisierung 169
 - 4.2.1 Globalisierung als Begriff 169
 - 4.2.2 Bewertung der Globalisierung 172
- 4.3 Einstellungen zum Klimawandel 177
 - 4.3.1 Problemwahrnehmungen 177
 - 4.3.2 Persönliche Konsequenzen im Alltag 183

Thomas Gensicke

5 Wertorientierungen, Befinden und Problembewältigung 187

- 5.1 Einleitung: Kommt eine neue Generationengestalt? 187
- 5.2 Befinden 190
 - 5.2.1 Hohe Zufriedenheit 190
 - 5.2.2 Arbeitslose und Unterschicht nicht zufrieden 192
- 5.3 Wertorientierungen 194
 - 5.3.1 Persönliche Bindungen immer wichtiger 195
 - 5.3.2 Leistung und Genuss zugleich? 196
 - 5.3.3 Weniger Toleranz? 202
- 5.4 Religiosität 204
 - 5.4.1 Gott für Katholiken unwichtiger geworden 204
 - 5.4.2 Gott immer weniger Person 206
- 5.5 Werte und Zufriedenheit 208
 - 5.5.1 Leistung und Zufriedenheit 208
 - 5.5.2 Ordnung und Bindung: Stützen der Zufriedenheit 211
- 5.6 Lebens Einstellungen 213
 - 5.6.1 Die moralische Ordnung 213
 - 5.6.2 Interesse an der Gesellschaft 216
 - 5.6.3 Entschlossenheit und Wagemut 218
 - 5.6.4 Ausweichmanöver? 221
 - 5.6.5 Macht Altruismus unzufrieden? 222

5.7	Bewältigung von Problemen	226
5.7.1	Eltern und Freunde als Partner	227
5.7.2	Aggression und Drogen	229
5.7.3	Frontalangriff, Verdrängung, Ablenkung	232
5.7.4	Abstand gewinnen, überlegt vorgehen	236
5.8	Fazit: Gute Gründe für Zufriedenheit	238

Styille Picoi, Michaela Willert

6 Jugend unter Druck? 20 Fallstudien 243

6.1	Konzeption und Methode des qualitativen Teils	243
6.1.1	Zur Konzeption	243
6.1.2	Zur Methode	245
6.2	Unterschiedliche Optionen im Umgang mit Druck	255
6.2.1	Option »Aktivität und Motivation«	256
6.2.2	Option »Ausbalancieren und Stabilisieren«	286
6.2.3	Option »Verweigerung und Rückzug«	317
6.2.4	Option »Unbeeindruckte Zuversicht«	330
6.2.5	Auf der Suche	336
6.3	Zusammenfassung und Fazit	337

Mathias Albert, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel

7 Jugendliche in Deutschland – Optionen für Politik, Wirtschaft und Pädagogik 343

7.1	Die gespaltene Realität der Jugendwelten in Deutschland	343
7.2	Jugendpolitik könnte mehr sein als Jugendhilfepolitik	348
7.3	Jugendpolitik und Jugendforschung im internationalen Vergleich	357
7.4	Jugend 201X	360

Ulrich Schneekloth, Ingo Leven, Thomas Gensicke

8 Methodik 361

8.1	Gesamtanlage der Studie	361
8.2	Methodik der quantitativen Erhebung	362

Anhang

Fragebogen der Shell Jugendstudie 2010	371
Dokumentation des Index der Sozialen Schicht	400
Literaturverzeichnis	402

lichen Katastrophenmeldungen rund um die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Bei aller Freude über die in einer bemerkenswerten Breite robuste Jugend darf das vergangene Jahrzehnt nicht aus den Augen verloren werden. Die sozialen Fragen in Deutschland sind weiterhin zentral und unbeantwortet. Es zeigt sich, dass Jugendliche aus der Unterschicht der positiven Grundrichtung der gesamten Jugend nicht folgen.

Schule vermag es in Deutschland nicht, soziale Benachteiligungen von Jugendlichen aus einfachen Verhältnissen auszugleichen. Doch es kann nicht Aufgabe von Schule alleine bleiben, hier

eine Kehrtwende einzuleiten. Wie am Beispiel der Internetsituation werden konnte, gilt, dass die jeweilige Ausgestaltung der individuellen Freiräume jenseits der schulischen und beruflichen Ausbildung schlüssig in den gesamten Lebensentwurf der Jugendlichen passt. Neue Medien, wie das Internet, werden dabei nicht von sich aus einen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Startchancen schaffen. Vielmehr reproduzieren sie in der unterschiedlichen Art und Weise, wie sich die Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Schichten diese Medien aneignen, soziale Ungleichheiten in einem neuen Umfeld.

Ulrich Schneekloth

3 Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven

Trotz der hohen Wohlstandsposition, die Deutschland als eines der reichsten Länder dieser Welt innehat, kann man heute nicht mehr – so ist zumindest die gesellschaftliche Wahrnehmung – auf eine fast unbegrenzte Sicherheit im beruflichen Lebensverlauf und eine damit einhergehende Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum setzen. Der sogenannte Fahrstuhleffekt (Beck 1986), den insbesondere die Nachkriegsgeneration in der Zeit des »deutschen Wirtschaftswunders« in den späten 1950er und 1960er Jahren erleben konnte, ist bereits seit längerem einem Risiko-Empfinden gewichen. Dies betrifft zum einen die unmittelbare soziale Lage, die heute mehr und mehr durch Arbeitsplatzrisiken, Konkurrenz und Leistungsdruck geprägt ist. Zum anderen kommen gesellschaftlich globale Probleme hinzu, die vom Individuum nur begrenzt oder in der eigenen Wahrnehmung sogar gar nicht beeinflusst werden können. Dies gilt etwa für den Prozess des demographischen Wandels oder für die globalen Probleme in Gestalt der Öffnung und Vernetzung von »armen« und »reichen« Ländern untereinander sowie für die Umweltproblematik. Die letzten Shell Jugendstudien haben gezeigt, dass sich Jugendliche dieser Problemlagen bewusst sind und dass diese die Alltagswahrnehmungen mitprägen. Jugendliche sind dadurch zusätzlich unter Druck geraten. Kennzeichnend für die heutige junge Generation ist bisher die auffällig

pragmatische Umgangsweise mit den damit verbundenen Herausforderungen. Leistungsorientierung und das Suchen nach individuellen Aufstiegsmöglichkeiten im Verbund mit einem ausgeprägten Sinn für soziale Beziehungen im persönlichen Nahbereich prägen diese Generation und grenzen sie damit auch von dem Protest- und Rebellionsimage ab, das in der Öffentlichkeit nach wie vor als Sinnbild für eine sogenannte Jugendbewegung gesehen wird. Damit einher geht allerdings, wie die bisherigen Shell Jugendstudien ebenfalls zeigen konnten, eine bemerkenswerte »Politik-Absinnenz«, die sich insbesondere durch eine eher noch stärker werdende Distanz zu politischen Institutionen, Parteien und zu sonstigen politischen Formationen auszeichnet (vgl. dazu auch Hoffmann-Lange 2001; Pöckel 2002; Gille u. a. 2006). Wir haben in Kapitel 2 ausgeführt, dass sich Jugendliche der wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen sehr bewusst sind. Bemerkenswert ist hierbei der auch weiterhin große und im Trend seit der letzten Shell Jugendstudie von 2006 sogar noch angewachsene persönliche Optimismus, der allerdings gleichzeitig mit einer etwas weniger zuversichtlichen Beurteilung der Zukunft unserer Gesellschaft einhergeht. Wie hat sich vor diesem Hintergrund bei den Jugendlichen der Bezug auf Politik entwickelt? Gibt es Hinweise auf einen den gesellschaftlichen Problemlagen folgende »Repolitisierung«? Welche Kon-

sequenzen zeigen sich insgesamt im Verhältnis zu Demokratie und Gesellschaft? Wie entwickelt sich die Bereitschaft zum politischen und sozialen Engagement? Mit diesen Fragestellungen möchten wir uns in diesem Kapitel befassen.

3.1 Demokratie nach wie vor auf Distanz? Wie sich Jugendliche auf Politik und Gesellschaft beziehen

Das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik ist eine der Fragestellungen, die in so gut wie jeder bisherigen Shell Jugendstudie behandelt wurde. Im Kern geht es hierbei darum, zu untersuchen, wie sich vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels der Bezug von Jugendlichen auf Politik und Gesellschaft und auf die Dinge, die für das Funktionieren einer modernen Demokratie maßgeblich sind, entwickelt hat. Die Shell Jugendstudie ist mit ihrer langen Tradition seit ihrem erstmaligen Erscheinen im Jahr 1953 inzwischen auch in diesem Bereich das maßgebliche Instrument zur Dauerbeobachtung von Entwicklungsprozessen und dem damit einhergehenden sozialen Wandel in unserer Gesellschaft geworden. Es wird bilanziert, welche grundsätzliche Haltung Jugendliche gegenüber unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit einnehmen, wie ihr Bezug auf Politik im engeren Sinne ist und in welcher Form sich Jugendliche in die Gesellschaft einbringen und sich beteiligen. Auch die 16. Shell Jugendstudie nimmt den Faden dieser Form von kontinuierlicher Berichterstattung zur gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen wieder auf und möchte damit die entsprechenden Zeiträume fortschreiben.

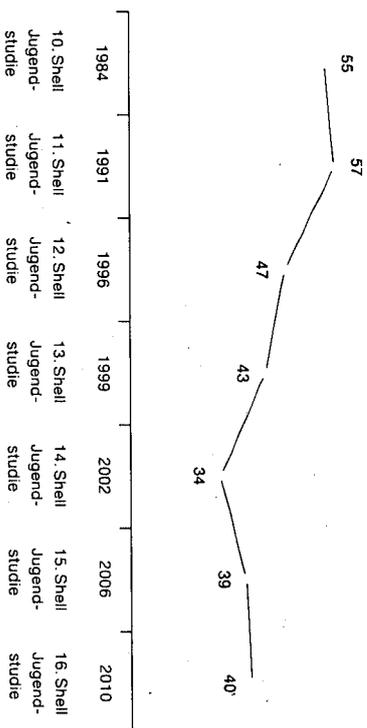
3.1.1 Politisches Interesse

Die Selbstschätzung der Jugendlichen zu ihrem eigenen Interesse an Politik stellt in der Shell Jugendstudie so etwas wie eine »Fieberkurve« der Bedeutung und des Stellenwerts von Politik bei jungen Menschen dar. Während es vor allem in den 1970er und 1980er Jahren noch zum guten Ton gehörte, als junger Mensch politisch interessiert zu sein, so kippte diese Haltung spätestens Mitte der 1990er Jahre und sank dann bis auf einen bei der 14. Shell Jugendstudie im Jahr 2002 gemessenen Tiefpunkt von nur noch 34% aller Jugendlichen, die sich als politisch interessiert bezeichneten (Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren als Zeitreihen-Referenzkohorte). Mit 39% stieg dieser Anteil dann in der 15. Shell Jugendstudie im Jahr 2006 wieder etwas an (Abbildung 3.1). Bezogen auf das Jahr 2010 bezeichnen sich inzwischen 40% der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren als politisch interessiert. In der Zeitreihe setzt sich dieser Anstieg im politischen Interesse demnach als Trend, wenn auch nur in eher schwacher Ausprägung, fort. Auf der anderen Seite ist der Abstand zur Situation in den 1980er Jahren mit damals mehr als 55% politisch interessierten Jugendlichen allerdings immer noch sehr groß.

Bezieht man die von uns seit dem Jahr 2002 betragte Altersspanne von Jugendlichen von 12 bis 25 Jahren insgesamt ein, so ist der Anteil der politisch interessierten Jugendlichen von 30% im Jahr 2002 auf 35% im Jahr 2006 und aktuell 37% im Jahr 2010 gestiegen (Politisch interessiert: 2002: 26%, 2006: 30%, 2010: 31%. Stark interessiert: 2002: 4%, 2006: 5%, 2010: 6%).

Die zentralen Einflussgrößen auf das politische Interesse sind neben dem Alter und dem Geschlecht – ältere sowie männliche Jugendliche sind interessierter – vor allem Bildung und Herkunftsschicht sowie damit vermittelt das vor-

Abb. 3.1 Zeitreihe: Politisches Interesse Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren (Angaben in %)



Shell Jugendstudie 2010 – TNS Infratest Sozialforschung

handene politische Interesse der Eltern (vgl. dazu die Ausführungen in der letzten Shell Jugendstudie 2006).

Auch in der aktuellen Erhebung sind es folgende Gruppen, aus denen Jugendliche besonders selten politisches Interesse aufweisen: die jüngeren 12- bis 14-Jährigen mit 21% politisch Interessierten (bei 15- bis 17-Jährigen: 33%), Jugendliche aus der Unterschicht mit 16% und aus der unteren Mittelschicht mit 26% Jugendliche mit (angestrebtem oder vorhandenem) Hauptschulabschluss⁷ mit 18% sowie mit mittlerer Reife mit 28%. Jugendliche mit selber wenig oder gar nicht interessierten

Eltern sind insgesamt ebenfalls nur zu 18% politisch interessiert.

Ein höheres politisches Interesse (interessiert bis stark interessiert) findet sich demgegenüber bei den 22- bis 25-Jährigen mit 47% (18- bis 21-Jährige: 38%), bei Jugendlichen aus der oberen Mittelschicht mit 48% und aus der Oberschicht mit 51%, bei Jugendlichen mit (angestrebtem oder vorhandenem) Abitur mit 50% und insbesondere bei Studierenden mit 66%. Jugendliche mit stark interessierten Eltern sind zu 69% und Jugendliche mit politisch interessierten Eltern zu 47% auch selber politisch interessiert. Man erkennt demnach bereits an diesen Querschnittergebnissen, dass die politische Sozialisation von Jugendlichen maßgeblich auf der Bildung, der Bildungsherkunft und zusätzlich auf dem spezifischen Einfluss des Elternhauses basiert.

7 1% der von uns befragten Jugendlichen haben die Schule ohne Abschluss verlassen. Aufgrund der niedrigen Fallzahl (n < 30) können wir diese Gruppe nicht getrennt ausweisen. Wir haben die Gruppe deshalb an dieser Stelle den Jugendlichen mit der formal niedrigsten Bildungsposition, also den Jugendlichen mit (angestrebtem oder realisiertem) Hauptschulabschluss, zugeordnet. An der Tendenz der Ergebnisse ändert dies auch in dieser Teilgruppe aber nichts Wesentliches.

Zuwachs des politischen Interesses bei Jugendlichen aus den mittleren und oberen Schichten, aber auch generell bei den Jüngeren

Interessant ist, dass der Anstieg des politischen Interesses zum einen auf die mittleren und gehobenen Schichten und zum anderen generell auf die Jüngeren zurückzuführen ist (Tabelle 3.1). Bei Jugendlichen (Altersgruppe 12 bis 25 Jahre) aus der Mittelschicht ist das politische Interesse von jeweils 32 % in den Jahren 2002 und 2006 auf 36 % in 2010 gestiegen. Bei Jugendlichen aus der oberen Mittelschicht ist der Trend mit 34 % in 2002, 43 % in 2006 und 48 % in 2010 noch stärker ausgeprägt, und auch bei Jugendlichen aus der Oberschicht ist mit 43 % in 2002, 50 % in 2006 und 51 % in 2010 ein Anstieg des politischen Interesses zu verzeichnen gewesen. Stagnierend bis rückläufig ist hingegen die Entwicklung bei Jugendlichen aus der unteren Mittelschicht, wo sich 24 % in 2002, 29 % in 2006 und 26 % in 2010 als politisch interessiert bezeichneten, sowie bei Jugendlichen aus der Unterschicht, wo sich 16 % in 2002, 23 % in 2006 und wiederum nur 16 % in 2010 entsprechend charakterisieren.

Bei den 12- bis 14-jährigen ist das Interesse von 11 % im Jahr 2002 auf 15 % im Jahr 2006 und 21 % im Jahr 2010 gestiegen. Bei den 15- bis 17-jährigen entwickelte es sich von 20 % im Jahr 2002 auf 26 % im Jahr 2006 und 33 % im Jahr 2010. Bei den 18- bis 21-jährigen schwankt das politische Interesse hingegen und stagniert (38 % in 2002, 42 % in 2006, 38 % in 2010). Vergleichbar, wenn auch mit etwas weniger Stagnation, ist die Entwicklung bei den 22- bis 25-jährigen (44 % in 2002, 48 % in 2006 und 47 % in 2010), allerdings auf deutlich höherem Niveau. Differenziert nach dem Geschlecht haben die weiblichen Jugendlichen beim artikulierten politischen Interesse inzwischen etwas aufgeholt: Mit 42 % sind es allerdings

nach wie vor männliche Jugendliche im Vergleich zu 31 % bei den weiblichen Jugendlichen, die häufiger über ein vorhandenes Interesse an Politik berichten. Von 2006 auf 2010 hat es hierbei keine relevanten Änderungen gegeben.

Während die Entwicklung nach der Bildungsherkunft weniger überrascht, weist das leicht gestiegene Interesse bei den Jüngeren eher in Richtung möglicher zukünftiger generationaler Verschiebungen. Die Befunde, die wir im Querschnittvergleich erhoben haben, hängen sicherlich auch mit dem höheren Gewicht zusammen, das die Förderung von Bildung in den letzten Jahren bekommen hat. Es wird interessant sein zu sehen, inwieweit dieser tendenzielle Zuwachs beim politischen Interesse bei den jüngeren Altersgruppen in Zukunft anhält.

Aktives Sich-Informieren: nur von einem Teil der Jugendlichen

Mit 33 % informiert sich ein Drittel der Jugendlichen aktiv in den Medien über Politik, 66 % tun dies nicht und 1 % macht hierzu keine Angabe. Politisch interessierte Jugendliche informieren sich in der großen Mehrheit aktiv über Politik (73%), bei wenig oder gar nicht Interessierten hingegen trifft dies nur für eine Minderheit zu (10%).

In den letzten beiden Schnell-Jugendstudien hatten wir danach gefragt, wie häufig Jugendliche hierfür das in Bezug auf die tägliche Nutzung nach wie vor wichtigste Medium nutzen, das Fernsehen. 28 % gaben hierzu in 2002 und 27 % in 2006 »nie« als Antwort, 52 % und 53 % »gelegentlich«, 13 % und 12 % »ziemlich oft« sowie 7 % und 8 % »fast jeden Tag«.

In der neuen Studie haben wir diese Abfrage geändert und danach gefragt, welche Medien insgesamt und hierbei aktiv und gezielt als Informationsquelle über Politik genutzt werden: das Fern-

Tab. 3.1 Entwicklungen beim politischen Interesse Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

in % der jeweiligen Teilgruppen	2002	2006	2010
<i>Interesse an Politik nach Geschlecht</i>			
Männlich	37	40	42
Weiblich	23	30	31
<i>Interesse an Politik nach Alter</i>			
12 bis 14 Jahre	11	15	21
15 bis 17 Jahre	20	26	33
18 bis 21 Jahre	38	42	38
22 bis 25 Jahre	44	48	47
<i>Interesse an Politik nach Herkunftsschicht</i>			
Unterschicht	16	23	16
Untere Mittelschicht	24	29	26
Mittelschicht	32	32	36
Oberere Mittelschicht	34	43	48
Oberschicht	43	50	51

Snell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

sehen, die sogenannten Print-Medien (Tagesszeitung und Zeitschriften) oder das Internet (Abbildung 3.2). Hierbei hat es den Anschein, dass sich zumindest in Bezug auf das Fernsehen als häufigste Informationsquelle nichts Grundlegendes geändert hat. Insgesamt 27 % der Jugendlichen – und damit fast alle, die sich aktiv über Politik informieren – nutzen es zu diesem Zweck. Da wir 2002 und 2006 anders gefragt hatten, sind diese Anteilswerte, die sich auf das eigene aktive Sich-Informieren beziehen, nicht mehr unmittelbar mit den Ergebnissen der Vorgängerstudien vergleichbar: 20 % der Jugendlichen nutzen gezielt das Internet, um sich politisch zu inform-

mieren, ebenfalls 20 % lesen zu diesem Zweck eine Tagesszeitung. Eine Wochezeitung dient 6 % zur politischen Information und insgesamt 4 % verweisen auf sonstige Wege.

Auch in diesem Fall sind es – neben dem politischen Interesse – das Alter sowie Bildung und Herkunftsschicht, die mit einem aktiven Sich-Informieren korreliert sind. Jugendliche mit (ange-strebt) höherem (oder erreichtem) Hauptschulabschluss informieren sich zu 15 % aktiv über Politik. Auf Jugendliche mit mittlerer Reife trifft dies zu 26 % und auf Jugendliche mit Abitur zu 46 % zu. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Jugendliche, die Fernsehen als eine ihrer wichtigsten Freizeitaktivitäten angeben, weniger häufig das Fernsehen zur gezielten politischen Information nutzen, im Gegenteil: Politisch interessierte Jugendliche schauen in ihrer Freizeit weniger fern als andere. Bei der Internet-Nut-

8 2002 und 2006: »Wie oft schaust du dir im Fernsehen Sendungen an, die etwas mit Politik zu tun haben?« 2010: »Informierst du dich aktiv über das, was in der Politik los ist?« Falls ja: »Wie informierst du dich über Politik?«

Abb. 3.2 Wo man sich selber aktiv über Politik informiert
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Mehrfachnennungen in %)

Fernsehen	27
Online	20
Tageszeitung	20
Wochenzeitung	6
Sonstiges	4
Kein aktives Sich-Informieren	66

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

zung ist es hingegen genau entgegengesetzt: wer gezielt und aktiv das Internet als politische Informationsquelle nutzt, der verbringt auch insgesamt mehr Zeit im Web und nutzt dieses als »Multi-User« dann mit Kompetenz für unterschiedliche Zwecke (vgl. dazu Kapitel 2.4.3). Männliche Jugendliche berichten, analog zum politischen Interesse, zu 38% ebenfalls häufiger als weibliche Jugendliche zu 29%, dass sie sich aktiv über Politik informieren.

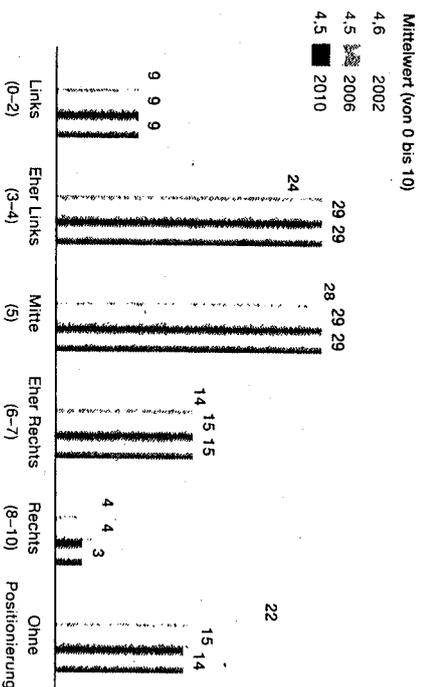
Die dargestellten Befunde unterstreichen die bei den Jugendlichen vorhandene unterschiedliche Verteilung von politischem Wissen (subjektive politische Kompetenz). Neben dem Elternhaus als politischer Sozialisationsinstanz und der Schule kommt insbesondere den Medien bei der Aneignung von eigener politischer Kompetenz eine Schlüsselrolle zu. Medien nutzen die meisten Jugendlichen, allerdings ist es auch in diesem Fall nur die politisch interessierte und höher gebildete Minderheit, die hierdurch gezielt ihre politische Kompetenz erweitert. Ältere Jugendliche, die politisch interessiert sind, tun dies häufiger als jüngere, die politisch interessiert sind. Dies gilt

insgesamt, aber auch im Einzelnen bei der Nutzung des Internets und des Fernsehens als Mittel zur aktiven politischen Information. Es steht außer Frage, dass Mediennutzung (insbesondere TV und Internet) für sich genommen natürlich Chancen eröffnet, sich besser über aktuelle Dinge informieren zu können. Auf der anderen Seite braucht es allerdings trotzdem einiges an Voraussetzungen, damit Jugendliche die Medien gezielt zur Erweiterung ihrer politischen Kompetenz nutzen.

**Politische Positionierung:
noch immer etwas links von der Mitte**

Bezüglich der politischen Positionierung sind im Trend betrachtet nur wenige Änderungen festzustellen. In Deutschland wird üblicherweise anhand der Begrifflichkeiten »links« und »rechts« sowohl eine politische Standortbestimmung als auch eine Form von weltanschaulicher Positionierung vorgenommen. Hierbei ordnen sich Jugendliche traditionellerweise etwas weiter links ein als die Bevölkerung insgesamt.⁹

Abb. 3.3 »Links-Rechts«-Positionierung
Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren
Auf einer Skala von »0 = Links bis 10 = Rechts« ordnen sich ein (Angaben in %).



Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

Im Zeitverlauf betrachtet finden sich zwischen 2006 und 2010 keine signifikanten Veränderungen. Die leichten Unterschiede zur 14. Shell Jugendstudie 2002 erklären sich vor allem dadurch, dass der Anteil derjenigen, die sich politisch gar nicht positionieren können, mit 15% in 2006 und 14% in 2010 inzwischen im Vergleich zu 22% in 2002 gesunken ist (nur Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren). Bezieht man sich nur auf diejenigen, die sich politisch eingeordnet haben, so liegt der Mittelwert auf der Skala von 0 bis 10 mit 4,5 leicht links von der Mitte. Die geringfügige Veränderung

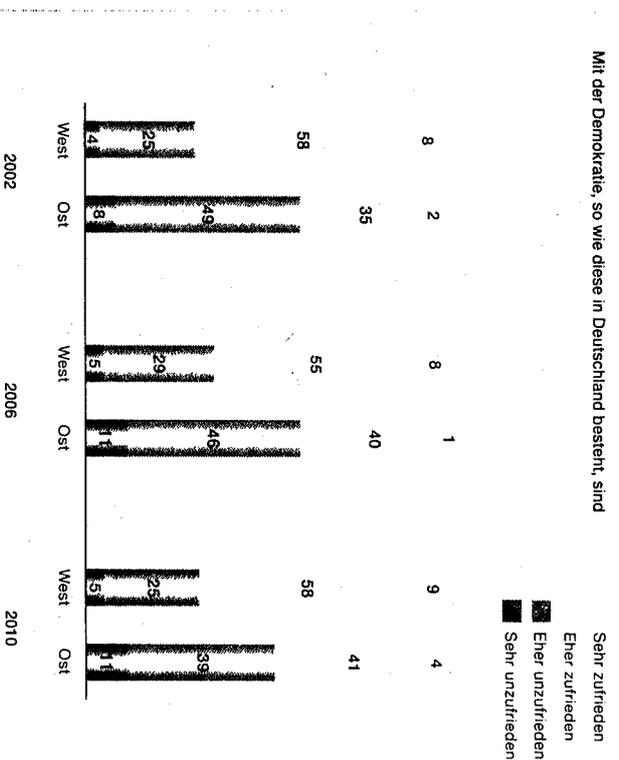
gegenüber 2002 ist statistisch nicht signifikant (Abbildung 3.3).

Insgesamt betrachtet ordnen sich aktuell 9% der Jugendlichen links (Wertebereich 0-2), 29% eher links (Werte 3-5), 29% in der Mitte (Wert 5), 15% eher rechts (Wertebereich 6-7) und 3% rechts (Werte 8-10) ein.¹⁰ 14% nehmen keine Einstufung vor. Nach wie vor gilt: Politisch interessierte und höher gebildete Jugendliche mit (angestrebtem oder vorhandenem) Abitur ordnen sich mit 4,3 etwas weiter links, politisch desinteressierte mit 4,6 und wenig gebildete Jugendliche (Hauptschulabschluss: 4,9, mittlere Reife 4,6) hingegen eher weiter zur Mitte (Position 5,0) hin ein.

⁹ Dies zeigen zum Beispiel die Ergebnisse der DII Jugendsurveys (Gaiser u. a. 2005; Gille u. a. 2006) oder auch die im 2-jährigen Rhythmus durchgeführte ALLBUS-Erhebung. Die hierbei verwendeten Rechts-Links-Skalen (Wertebereich 1 bis 10) sind allerdings mit der traditionellerweise in der Shell Jugendstudie verwendeten Skala (Wertebereich 0 bis 10) nur in der zentralen Tendenz vergleichbar.

¹⁰ Die Extrempositionen ganz links (Wertebereich 0 und 1) sind nur schwach und ganz rechts (Wertebereich 9 und 10) so gut wie gar nicht besetzt. Erst wenn man die Wertebereiche 2 und 8 für links und rechts mit dazu nimmt, lassen sich diese Gruppen überhaupt abgrenzen.

Abb. 3.4 Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland
Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (Angaben in %)



Fehlende zu 100 = Keine Angabe

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

was schlechter bewerten als zuletzt vor vier Jahren in der 15. Shell Jugendstudie (Sicherheit, dass sich die späteren beruflichen Wünsche erfüllen: 2002: 71 %, 2006: 78 %, 2010: 75 %). Auch der Studienalltag wird von ihnen inzwischen etwas schlechter bewertet (»Mache Studium gern oder sehr gern«: 2002: 81 %, 2006: 84 %, 2010: 75 %). Hinter der Kritik an der Demokratie, so wie sie gegenwärtig in Deutschland besteht, verbirgt sich bei den Studierenden sowohl die Einschätzung, dass ihre beruflichen Chancen in den letzten Jahren trotz der privilegierten Bildungsposition unkalkulierbarer geworden sind, als auch die in den aktuellen Protestaktionen zum Ausdruck kommende Kritik an den Studienbedin-

Der rückläufige Anteil an Jugendlichen (zwischen 15 und 25 Jahren), die sich selber politisch nicht positionieren können oder wollen, korreliert zum einen mit dem gegenüber 2002 leicht an gestiegenen politischen Interesse. Davon unabhängig findet sich dieser Trend aber sowohl bei politisch Interessierten als auch bei weniger Interessierten quer über alle Schichten und Bildungspositionen. Bei den 15- bis 17-Jährigen, von denen sich 30 % im Jahr 2002 und aktuell 22 % nicht positionieren können, ist der Rückgang etwas geringer als bei den 18- bis 21-Jährigen (22 % in 2002 im Vergleich zu aktuell 12 % ohne Positionierung). Der Rückgang bei den 15- bis 17-Jährigen ist vielmehr mit der Entwicklung bei den 22- bis 25-Jährigen vergleichbar (ohne Positionierung: 17 % in 2002 und 11 % in 2010). Männliche Jugendliche können sich weniger häufig nicht zuordnen (aktuell 10 % im Vergleich zu 26 % im Jahr 2002) als weibliche Jugendliche (aktuell 19 % im Vergleich zu 34 % in 2002).

3.1.2 Einstellung zur Demokratie

In der Shell Jugendstudie fragen wir zum einen danach, wie zufrieden oder unzufrieden Jugendliche alles in allem mit der Demokratie sind, so wie sie in Deutschland besteht. Die Antworten auf diese Frage sind, wie in den letzten beiden Shell Jugendstudien gezeigt, dabei vorrangig von der Bewertung der eigenen sozialen Lage und der damit verbundenen Zukunftschancen geprägt.

Zufriedenheit mit Demokratie und Gesellschaft steigt an

Im zeitlichen Verlauf betrachtet ist die Demokratiezufriedenheit bei den Jugendlichen (Altersgruppe 15 bis 25 Jahre) von 60 % »eher zufrieden« oder »sehr zufrieden« im Jahr 2002 und 59 % im Jahr 2006 auf 63 % im Jahr 2010 gestiegen (55 % »eher zufrieden« und 8 % »sehr zufrieden«). Auffällig ist der Anstieg der Zufriedenheit in den neuen Bundesländern von 37 % im Jahr 2002 über 41 % im Jahr 2006 auf jetzt 45 % im Jahr 2010. Anders als im Westen artikuliert sich im Osten noch immer jeder zweite Jugendliche als unzufrieden mit der Demokratie, so wie diese konkret besteht, aber die Entwicklung geht auch hier eindeutig in Richtung auf mehr Zufriedenheit (Abbildung 3.4).

Der Anstieg in der Demokratiezufriedenheit findet sich im Trend bei allen sozialen Gruppen. Bei Jugendlichen mit (angestrebtem/r oder erreichtem/r) Abitur oder FH-Reife hat sich eher wenig geändert. (2002: 68 %, 2006: 69 %, 2010: 68 %). Jugendliche mit (angestrebter oder erreichter) mittlerer Reife sind inzwischen zufriedener mit der Demokratie (2002: 52 %, 2006: 53 %, 2010: 61 %) und bei Jugendlichen mit (angestrebtem oder erreichtem) Hauptschulabschluss ist der Einbruch von 2002 auf 2006 inzwischen wieder ausgeglichen (2002: 55 %, 2006: 48 %, 2010: 57 %). Die Schere zwischen den sozialen Gruppen ist diesbezüglich also nicht weiter, sondern vielmehr enger geworden.

Die niedrigste Demokratiezufriedenheit weisen nach wie vor arbeitslose Jugendliche auf. Hier ist jeder Zweite mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, weniger oder nicht zufrieden. Auch bei ihnen ist die Zustimmung (2002: 40 %, 2006: 38 %, 2010: 44 %, genau wie bei Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss (2002: 51 %, 2006: 49 %, 2010: 52 %) jedoch leicht angestiegen.

Am größten ist die Zufriedenheit bei den Studierenden (2002: 73 %, 2006: 77 %, 2010: 71 %). Sie sind allerdings die einzige soziale Gruppe mit rückläufiger Demokratiezufriedenheit. Dieser Trend korreliert damit, dass im Unterschied zu allen anderen sozialen Gruppen Studierende ihre berufliche Zukunft inzwischen et-

Insgesamt betrachtet ist die Bindung der Jugendlichen zur Demokratie, trotz der vorhandenen Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen, nach wie vor prägend. Bemerkenswert ist, dass es, wie ausgeführt, im Vergleich zu 2006 auch bei Jugendlichen, die in prekären Verhältnissen leben, zu keiner weiteren Distanzierung von der Demokratie gekommen ist. Die Ergebnisse decken sich mit den in Kapitel 2 erläuterten Befunden zu dem auch in diesen Gruppen (wieder) angestiegenen Optimismus.

Akzeptanz der Demokratie als Staatsform weiterhin auf hohem Niveau

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Staatsform hebt eher auf die Bewertung der Demokratie als politisches System ab (Abbildung 3.5).

Im Zeitverlauf betrachtet ist auch hier ein Anstieg der Zufriedenheit feststellbar. Waren es 2002 noch 77% der Jugendlichen (15 bis 25 Jahre), die die Demokratie für eine gute Staatsform hielten, während 10% die Demokratie nicht so gut fanden und 13% hierzu keine Angabe machten, hat sich der Anteil der Befürworter im Jahr 2006 auf 80% (10% nicht so gute Staatsform, 10% keine Angabe) und im Jahr 2010 auf 83% erhöht (9% nicht so gute Staatsform, 8% keine Angabe). Hierbei ist die Zustimmung im Westen (2002: 81%, 2006: 82%, 2010: 86%) in diesem Fall – und damit in der Tendenz etwas anders als bei der Abfrage zur Demokratiezufriedenheit – stärker gestiegen als im Osten (2002: 64%, 2006: 73%, 2010: 70%).

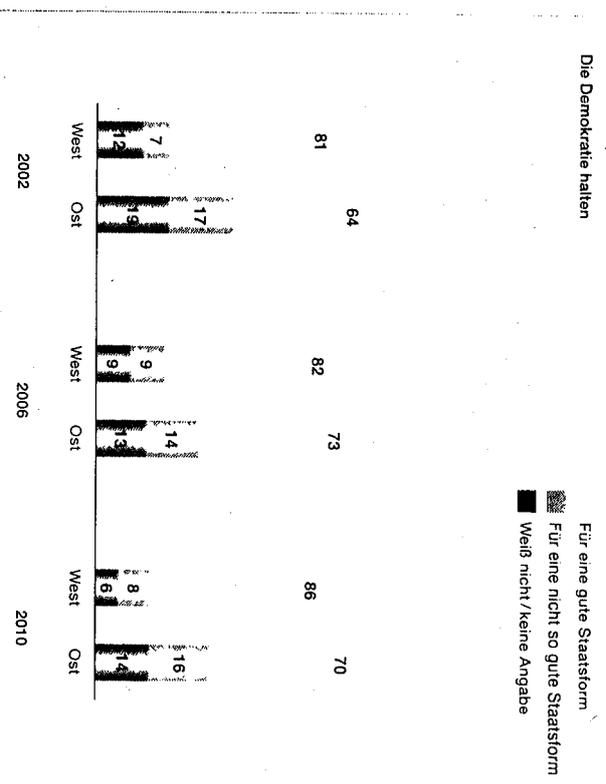
Wir haben diejenigen, die die Demokratie nicht so gut finden oder die hierzu keine Meinung haben, danach gefragt, was aus ihrer Sicht die bessere Staatsform wäre. Hierzu haben wir folgende Antwortvorgaben angeboten: »Ein starker Mann oder eine starke Partei regieren alleine«, »Ein sozialistisches System,

ähnlich wie in der DDR« oder »Die Demokratie gefällt mir nicht besonders, aber leider gibt es nichts Besseres«. Bezieht man sich nur auf die 17%, die die Demokratie nicht eindeutig befürworten, so hat von diesen Jugendlichen im Westen jeder Zweite (48%) und im Osten mehr als jeder Dritte (38%) geantwortet, dass es letztendlich nichts Besseres gäbe. Für einen »starken Mann« sprechen sich im Westen 19%, im Osten 9% aus. Ein sozialistisches System wünschen im Westen 6% und im Osten 21%. Die restlichen Jugendlichen haben auch zu dieser Frage keine Angabe gemacht. Im Trend betrachtet sind weder im Westen noch im Osten die Anteile derjenigen, die sich explizit für ein anderes System aussprechen, gestiegen.

Bei den sozialen Gruppen zeigt sich auch hier die gleiche Entwicklung, die sich bereits bei der Demokratiezufriedenheit ergeben hat. Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform ist bei Jugendlichen mit (angestrebtem/ oder erreichtem/ Abitur oder FH-Reife konstant hoch (2002: 82%, 2006: 91%, 2010: 90%). Bei Jugendlichen mit mittlerer Reife ist die Zustimmung deutlich gestiegen (2002: 71%, 2006: 74%, 2010: 81%) und auch Jugendliche mit (angestrebtem oder realisiertem) Hauptschulabschluss weisen inzwischen deutlich höhere Zustimmungswerte auf (2002: 63%, 2006: 66%, 2010: 71%).

Auch in diesem Fall sind es wiederum die arbeitslosen Jugendlichen, die die niedrigste Zustimmung zur Demokratie als Staatsform äußern. Auch bei ihnen geht der Trend aber klar in Richtung Zustimmung (2002: 59%, 2006: 66%, 2010: 75%). Ähnliches gilt für Jugendliche ohne Ausbildungsabschluss (2002: 66%, 2006: 73%, 2010: 80%). Studierende haben im Vergleich die konstant höchste Zustimmung (2002: 92%, 2006: 93%, 2010: 92%). Die von ihnen im Kontext der Frage nach der Demokratie-Zufriedenheit geäußerte Kritik schlägt sich demnach nicht

Abb. 3.5 Akzeptanz der Demokratie als Staatsform Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (Angaben in %)



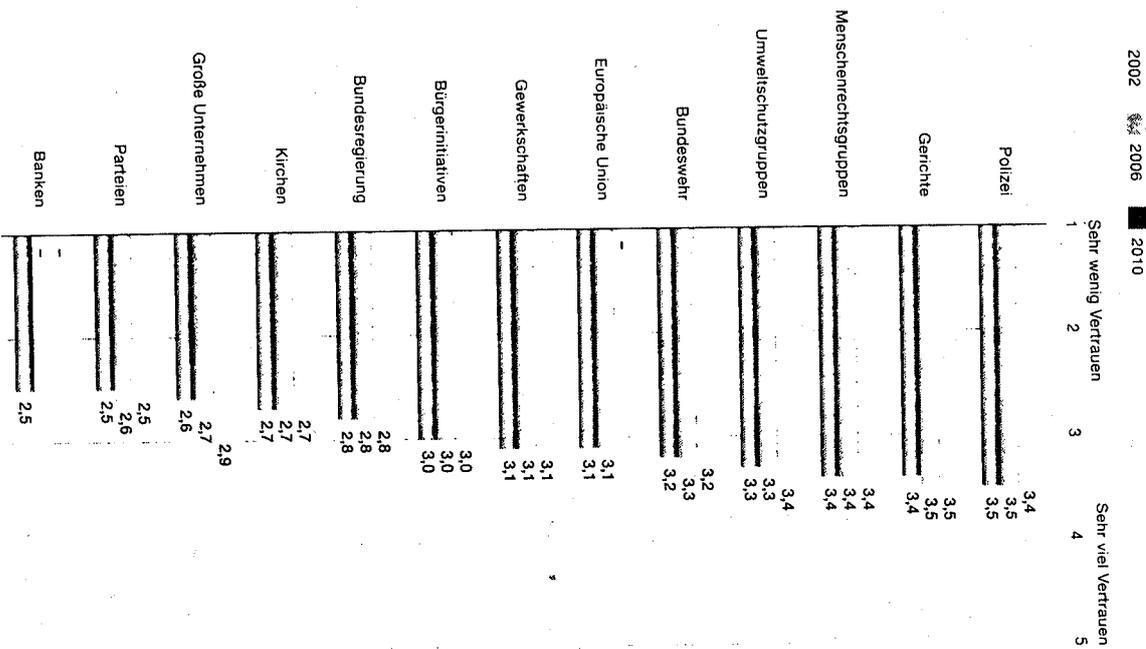
Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

in einer Ablehnung der Demokratie als Staatsform nieder. Jugendliche mit Migrationshintergrund sprechen sich mit 82% zu einem etwas geringeren Anteil als einheimisch deutsche Jugendliche (84%) für die Demokratie als Staatsform aus. Der Unterschied fällt allerdings insgesamt betrachtet kaum ins Gewicht.

Institutionenvertrauen: Politikverdrossenheit sowie Vertrauensverlust in Wirtschaft und Finanzen

Die Abfrage zum sogenannten Institutionenvertrauen (Altersgruppe 15 bis 25 Jahre) zeigt, dass sich an der auch in den letzten beiden Shell Jugendstudien diagnostizierten Politikverdrossenheit nichts Wesentliches geändert hat (Abbildung 3.6). Nach wie vor wird staatlichen Institutionen, wie der Polizei oder den Gerichten, ein eher überdurchschnittliches Vertrauen entgegengebracht (3,5 und 3,4 auf einer Skala von 1 = sehr wenig Vertrauen bis 5 = sehr viel Vertrauen), gefolgt von Menschenrechtsgruppen (3,4), Umweltschutzgruppen (3,3), der Bundeswehr (3,2) und den Gewerkschaften (3,1). Auch das Vertrauen gegenüber der Europäischen Union liegt mit 3,1 über dem Durchschnitt. Europa wird offensichtlich als Idee und Perspektive trotz der häufig beklagten bürokratischen Praxis der EU-Kommission von den Jugendlichen weiterhin befürwortet (vergleiche dazu unsere Analysen in der 15. Shell Jugend-

Abb. 3.6 Vertrauen in gesellschaftliche Gruppierungen und Institutionen
Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (Mittelpunkte)



Shell Jugendstudie 2010 – TNS Infratest Sozialforschung

studie von 2006), obgleich die Attraktivität, wie die Ergebnisse unserer »In«- und »Out«-Abfrage zeigen, inzwischen etwas nachgelassen hat (Europa ist bei Jugendlichen »in«: 2002: 62 %, 2006: 60 %, 2010: 55 %).¹¹

Bei Bürgerinitiativen ist die Einschätzung hingegen eher geteilt (3,0). Bürgerinitiativen gelten allgemein bei Jugendlichen, wie unsere »In«- und »Out«-Abfrage ebenfalls zeigt, als wenig attraktiv (Bürgerinitiativen sind bei Jugendlichen »out«: 2002: 59 %, 2006: 67 %, 2010: 65 %). Auffällig ist auch der vergleichsweise hohe Anteil an Jugendlichen, die bei der Abfrage zum Institutionenvertrauen antworten, mit dem Begriff »Bürgerinitiativen« als Form von organisierter politischer Aktivität nichts anfangen zu können (»Kenne ich nicht«: 2002: 10 %, 2006: 6 %, 2010: 6 %). Anders als Menschenrechts- oder Umweltschutzgruppen, deren Aktivitäten für Jugendliche ganz offensichtlich nachvollziehbar und von daher vertrauenweckend sind, wird Bürgerinitiativen ein etwas geringerer Vertrauensvorsprung entgegengebracht, ohne dass hier allerdings eine Ablehnung überwiegen würde. Unterdurchschnittliches Vertrauen genießen hingegen die Bundesregierung (2,8) und die Kirchen (2,7).¹² Die Schlusslichter bilden dann die großen Unternehmen (2,6), die Parteien (2,5) und die Banken (2,5).

Auf den ersten Blick hat es den Anschein, dass sich seit 2002 nur wenig

11 Die Debatte um die hohe Staatsverschuldung insbesondere in Griechenland sowie die damit einhergehende Thematisierung der Risiken für den Euro kulminierte erst im Anschluss an unsere Erhebung und drückt sich von daher in den Ergebnissen noch nicht aus.
12 Auch die seit Frühjahr 2010 massiv diskutierten Missbrauchsvorfälle gegenüber kirchlichen Würdenträgern prägten erst nach Abschluss der Feldarbeit der 16 Shell Jugendstudie die öffentliche Debatte. Der damit möglicherweise einhergehende Vertrauensverlust in die Institution Kirche ist an dieser Stelle nicht eingeflossen.

geändert hat. Die Reihenfolge beim Vertrauen ist, von einzelnen Schwankungen abgesehen, in etwa gleich geblieben. Polizei, Gerichte und auch die Bundeswehr werden anhaltend hoch bewertet, genauso wie Menschenrechts- oder Umweltschutzgruppen. Unterdurchschnittlich bleibt hingegen die Bewertung von Bundesregierung – unabhängig von den

inzwischen vollzogenen Regierungswechseln zuerst von Rot-Grün zur großen Koalition im Jahr 2005 und dann zu Schwarz-Gelb seit 2009 – Kirchen, großen Unternehmen und Parteien. Schaut man allerdings etwas genauer hin, dann fällt vor allem der Vertrauensverlust bei den großen Unternehmen (2002: 2,9, 2006: 2,7, 2010: 2,6) auf. Diese Entwicklung spiegelt die wirtschaftlichen Probleme und die damit einhergehenden Ängste der Jugendlichen wider. Das Vertrauen in die Banken, die wie bereits dargestellt das Schlusslicht in der Institutionenbewertung bilden, haben wir zum ersten Mal in 2010 abgefragt. Die Tendenz im Zeitverlauf lässt sich aber anhand des ungebrochenen Absturzes der Akten in unserer »In«- und »Out«-Abfrage ablesen (Akten sind bei Jugendlichen »in«: 2002: 39 %, 2006: 24 %, 2010: 12 %). Auch die Finanzkrise ist im Bewusstsein der jungen Generation angekommen. Das Vertrauen in die Gewerkschaften hat demgegenüber nicht gelitten, sondern bleibt im Zeitverlauf betrachtet auf einem leicht überdurchschnittlichen Niveau.

Zusammengefasst fehlt es also nach wie vor an Vertrauen gegenüber Politik und Parteien, wobei sich die hierbei zum Ausdruck kommende Politikverdrossenheit inzwischen mit einer zunehmenden Verrossenheit gegenüber Wirtschaft und Finanzen, sprich Banken und großen Unternehmen, paart. Trotz des leicht angestiegenen politischen Interesses und des ebenfalls gewachsenen Vertrauens in die Demokratie hat sich hieran nichts geändert. Auch diese Befunde sprechen

dafür, dass es wie insbesondere in der letzten Shell Jugendstudie dargestellt, weniger ein allgemeines Desinteresse an Politik und Gesellschaft und auch nicht eine grundsätzliche Distanz zur Demokratie ist, die bei Jugendlichen zu Politikverdrossenheit führt. Im Gegenteil, das Vertrauen sowohl gegenüber unabhängigen staatlichen Institutionen, wie etwa Polizei, Gerichte oder der Bundeswehr, als auch gegenüber Umwelt- oder Menschenrechtsgruppen, die in der Regel parteipolitisch unabhängiger agieren, ist bei Jugendlichen überdurchschnittlich ausgeprägt. Der sichtbar werdende Vertrauensverlust richtet sich vielmehr an die Parteipolitik und damit natürlich auch an deren Repräsentanten. Nach wie vor gilt also, wie wir bereits in der 15. Shell Jugendstudie festgestellt haben, dass jugendliche Politikern sehr kritisch begegnen und dass es aus ihrer Sicht an Vorbildern mangelt. Man mag dies aus der Perspektive derjenigen, die sich in Parteien oder in vergleichbaren politischen Organisationen engagieren, als ungerecht empfinden. Es ändert aber nichts daran, dass jugendliche parteipolitischen Aktivitäten und den darauf aufbauenden politischen Bezügen nach wie vor misstrauen.

3.2 Politik und eigenes Engagement: Politikverdrossen, aber trotzdem aufmerksam und engagiert

3.2.1 Politische Aktivitäten

Eine funktionierende Demokratie setzt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus. Grundlegend hierfür ist die Bereitschaft, sich an den für Demokratien konstitutiven Wahlen (auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie in den anderen Bereichen der Gesellschaft) zu beteiligen. Eine besondere Funktion haben hierbei die Parteien.

die in Deutschland laut Art. 21 Abs. 1 „an der Bildung des politischen Willens des Volkes“ mitwirken und über die in einer parlamentarischen Demokratie gleichzeitig die Regierungsbildung vorantreibt. Hinzu kommt die Bürgerbeteiligung in der Regel vor Ort auf kommunaler Ebene (vgl. dazu insgesamt Gabriel u. a. 2002; Schmidt 2007).

Demokratie ja, aber »auf Distanz« zur Politik

Wie im vorigen Abschnitt dargestellt, ist bei Jugendlichen in Deutschland der grundlegende Bezug auf die Demokratie als politischem System auch im Trend betrachtet stabil. Auffällig ist allerdings die nach wie vor hoch ausgeprägte Distanz zur Politik.

Zusammen mit dem politischen Interesse ist inzwischen auch die Bedeutung des politischen Engagements für die eigene Lebensgestaltung leicht angestiegen. Nach wie vor findet mit 52 % jeder zweite Jugendliche diese gesellschaftliche Tugend für die eigene Lebensführung unwichtig (Tabelle 3.2). Im Zeitverlauf betrachtet, ist dieser Anteil im Vergleich zu 56 % im Jahr 2002 und 57 % im Jahr 2006 tendenziell aber rückläufig. 24 % finden politisches Engagement teils wichtig, teils unwichtig (2002: 22 %, 2006: 23 %), während 23 % politisches Engagement als für das eigene Leben eher wichtig erachten (2002: 22 %, 2006: 20 %). Fragt man allerdings danach, ob sich »in Politik einmischen« bei Jugendlichen eher »hin« oder eher »out« ist, so ist die große Mehrheit, und dies dabei sogar noch stärker als in den letzten Jahren, der Meinung, dass dies nach wie vor »out« sei (2002: 66 %, 2006: 68 %, 2010: 71 %).

Man bezieht sich selber wieder etwas mehr auf Politik, meint aber, dass »Politik machen« bei Jugendlichen nach wie vor out sei. Politikverdrossenheit und insbe-

Tab. 3.2 Allgemeiner Bezug auf Politik Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Mehrfachantworten: Spalten in %	2002	2006	2010
<i>Eigens Interesse an Politik</i>			
Stark interessiert	4	5	6
Interessiert	26	30	30
Wenig interessiert	40	40	41
Gar nicht interessiert	29	24	22
Weiß nicht, keine Angabe	1	1	1
<i>Für mich persönlich ist wichtig, mich politisch zu engagieren</i>			
Wichtig (5-7)	22	20	23
Mal so, mal so (4)	22	23	24
Unwichtig (1-3)	56	57	52
Weiß nicht, keine Angabe	-	-	1
<i>Vertrauen in: (Skala von 1 - »Sehr wenig Vertrauen« bis 5 - »Sehr viel Vertrauen«)</i>			
Bürgerinitiativen	3,0	3,0	3,0
Bundesregierung	2,8	2,8	2,8
Parteien	2,5	2,6	2,5
<i>Sich in Politik einzumischen ist bei Jugendlichen</i>			
In	25	28	24
Out	66	68	71
Weiß nicht, keine Angabe	9	4	5

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

sondere die Distanz zu den Parteien, von denen man sich möglichst fernhalten will, bleiben auch weiterhin für jugendliche charakteristisch. Ein echter Stimmungsumschwung im Bezug auf Politik ist allerdings noch nicht erkennbar, trotz der leichten Bedeutungszunahme im Interesse und bei der Wichtigkeit von politischem Engagement für die eigene Lebensführung.

Wahlbeteiligung bleibt eher rückläufig

Wie sieht es nun mit der Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen aus und wie hat sich diese in den letzten Jahren ent-

wickelt? Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch, auch wenn sie zwischen 1972 und 1990 von 91,1 % auf 77,8 % gesunken ist und 2002, 2005 sowie 2009 ebenfalls unter der 80 %-Prozent-Marke lag. Bezogen auf die Bundestagswahlen waren im Durchschnitt von 1953 bis 2009 die 60- bis unter 70-jährigen und die 50- bis unter 60-jährigen die Altersgruppen mit der höchsten Wahlbeteiligung. Darauf folgten die 45- bis unter 50-jährigen und die 40- bis unter 45-jährigen. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den 21- bis unter 25-jährigen und - seit der Bundestagswahl 1972 (seit der Einführung des Wahlrechts ab 18 Jahren) - bei

Tab. 3.3 Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009
Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik beim Bundeswahlleiter

In % der Wahlberechtigten der jeweiligen Altersklassen	2002	2005	2009
Wahlberechtigung			
Insgesamt	79,6	78,3	71,4
18- bis unter 21-jährige	70,2	70,0	63,0
21- bis unter 25-jährige	68,1	66,5	59,1
25- bis unter 30-jährige	72,1	70,1	61,2

Eigene Berechnungen auf Grundlage der Repräsentativen Wahlstatistik (Der Bundeswahlleiter 2010)

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

den unter 21-jährigen (siehe hierzu Bundeszentrale für politische Bildung 2010).

Bei den Bundestagswahlen von 2002, 2005 und 2009 war die Wahlbeteiligung ebenfalls rückläufig, wobei hierbei im Einzelnen das jeweilige politische Klima, die Zufriedenheit mit der Regierung und den persönlichen präferierten Parteien sowie eine vorhandene oder auch nicht vorhandene Wechselstimmung für jede Wahl im Einzelnen untersucht und

mitberücksichtigt werden muss. Etwas stärker ausgeprägt als im Durchschnitt ist der Rückgang bei den 21- bis unter 25-jährigen und auch bei den 25- bis unter 30-jährigen, während der Rückgang in der Wahlberechtigung bei den Erstwählern im Alter von 18 bis unter 21 Jahren etwa dem Gesamtdurchschnitt entsprochen hat (Tabelle 3.3).

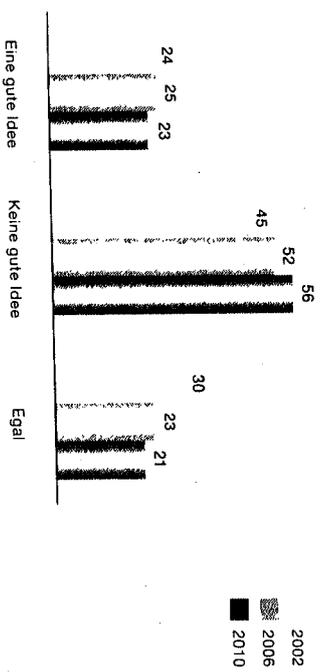
Wir hatten in der letzten Shell Jugendstudie für die 15- bis 25-jährigen einen Anstieg in der sogenannten Wahlnorm, also im Grad der Zustimmung zu der Aussage, dass es »in jeder Demokratie die Pflicht jedes Bürgers ist, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen«, festgestellt. Am tatsächlichen Verhalten hat sich bei den jungen Erwachsenen seit dem allerdings nichts Grundlegendes geändert. Die Wahlberechtigung der jüngeren

Wähler liegt »konstant« in etwa 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten und folgt ansonsten der allgemeinen Entwicklung. Es liegt demnach nicht alleine an den jüngeren Wählern, dass die Wahlberechtigung sinkt, auch wenn diese, im Querschnitt betrachtet, weniger häufig wählen gehen als die Bevölkerung insgesamt.

Wählen schon mit 16: eher nicht

Bereits seit 2002 fragen wir in der Shell Jugendstudie, wie Jugendliche den Vorschlag beurteilen, das Mindestalter zur Beteiligung an Wahlen (Wahlalter) auf 16 Jahre zu senken. Bislang gilt allgemein die Volljährigkeit ab 18 Jahren als Voraussetzung für das Wahlrecht. Ausnahmen in Deutschland sind ein aktives Wahlrecht, also das Recht auf eine eigene Stimmabgabe bei Wahlen, bereits ab 16 Jahren bei der Bürgerschaftswahl in Bremen sowie bei den Kommunalwahlen in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Auch für das passive Wahlrecht, also das Recht, selber kandidieren zu dürfen, gilt in der Regel die Volljährigkeit als Voraussetzung, mit Ausnahme der Wahl

Abb. 3.7 Wählen bereits mit 16? Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)



Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

für den Heissischen Landtag, für die die Kandidatinnen und Kandidaten bereits 21 Jahre alt sein müssen.

Nach den aktuellen Ergebnissen halten Jugendliche ein Wahlrecht bereits mit 16 mehrheitlich für keine gute Idee (Abbildung 3.7). Der Anteil derjenigen, die dies ablehnen, ist von 45 % im Jahr 2002 auf 52 % im Jahr 2006 und auf 56 % im Jahr 2010 gestiegen. 21 % ist dies egal (2002: 30%, 2006: 23%), während nur noch 23 % sich unmitttelbar dafür aussprechen (2002: 24%, 2006: 25%), jüngere unter 18 Jahren sind etwas häufiger dafür (30%), die Tendenz ist aber auch hier fallend (Ablehnung: 2002: 34%, 2006: 37%, 2010: 45%, Tabelle 3.4).

Politisch interessierte Jugendliche halten die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre zu 65 % für keine gute Idee, 8 % ist es egal und 27 % sind dafür. Bei politisch nicht interessierten Jugendlichen sind 52 % dagegen, 28 % ist es egal und 20 % sind dafür.

Im Trend betrachtet hat der Anteil der Ablehnungen etwas stärker bei den politisch nicht interessierten und ebenfalls geringer gebildeten Jugendlichen zugenommen, während der Anteil derjenigen,

denen das egal ist, vor allem hier zurückgegangen ist.

Die Senkung des Wahlalters gilt allgemein als Maßnahme gegen die steigende Politikverdrossenheit. Erwartet wird, dass sich die Parteien in diesem Fall stärker um die zusätzlichen Neuwähler bemühen und dass jüngere Menschen dadurch mehr Einfluss in der Politik bekommen. Es hat allerdings den Anschein, dass die Jugendlichen diesbezüglich ihrer eigenen Generation eher wenig »über den Weg trauen«. Vieles spricht dafür, dass es die Einschätzung ist, dass die Jugendlichen eh nicht zur Wahl gehen und von daher eine Senkung des Wahlalters nicht sinnvoll wäre. Dies deckt sich mit dem vorhin dargestellten Befund, dass man sich selber häufiger als politisch interessiert bezeichnet, jedoch gleichzeitig davon ausgeht, dass Politik bei Jugendlichen insgesamt nach wie vor »out« ist. Inwieweit diese Einschätzung zutreffend ist, kann an dieser Stelle nicht endgültig beurteilt werden. Wahrscheinlich ist aber wohl eher, dass die neuen Erstwähler zumindest nicht weniger häufig als die jetzigen Erstwähler, sondern bei einer Änderung des Wahlrechts mög-

Tab. 3.4 Wahlen mit 16 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Spalten in %	2002		2006		2010	
	Unter 18	Ab 18	Unter 18	Ab 18	Unter 18	Ab 18
Wahlen mit 16						
Gute Idee	29	20	33	19	30	17
Keine gute Idee	34	54	37	63	45	65
Ist mir egal	36	25	30	18	24	18
Keine Angabe	1	1	-	-	1	-

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

Lichterweise sogar etwas häufiger zur Wahl gehen würden. Auch ist es nicht unplausibel, dass dadurch die Jugendlichen als Wählergruppe mehr Aufmerksamkeit und damit mehr politisches Gewicht bekommen würden.

Teilnahme an politischen Aktionen: ja, warum auch nicht

Ein weiteres wesentliches Element einer demokratisch verfassten Gesellschaft bildet das Grundrecht sich auch unabhängig von der Mehrheitsmeinung politisch artikulieren und eigene Standpunkte gegebenenfalls im Protest gegen die Regierung in die Öffentlichkeit tragen zu können. Den Jugendlichen wird in diesem Zusammenhang schon immer eine besondere Rolle zugeschrieben. Sie gelten aufgrund ihrer Generationenposition als besonders sensibel für gesellschaftliche Probleme, während bei den bereits Älteren eher von Anpassung und Gewöhnung ausgegangen wird. Jugendliche sind nach diesem Verständnis Seismographen für anstehende gesellschaftliche Veränderungen. Während die Wahrnehmung von traditionellen politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten eher den Generationen zugeschrieben wird, die

nicht mehr zur Jugend gehören, erwartet man von Jugendlichen eher unkonventionelle oder außerparlamentarisch angelegte politische Aktivitäten (vgl. z.B. Roth/Rucht 1987). Pate steht bei dieser Betrachtungsweise sicherlich die sogenannte »88er«-Bewegung mit ihrer Außerparlamentarischen Opposition.

Wir hatten hierzu in der letzten Shell Jugendstudie festgestellt, dass sowohl die vorherrschende Politik- und Parteienverdrossenheit als auch das Gefühl, in Parteien und politische Gruppen nicht hineinzu passen und sich dort nicht heimisch zu fühlen, Jugendliche davon abhält, sich politisch zu organisieren. Hinzu kommt die Einschätzung mangelnder Erfolgsaussichten. In der aktuellen Shell Jugendstudie haben wir stattdessen gefragt, wie es um die grundsätzliche Bereitschaft von Jugendlichen bestellt ist, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Hierzu haben wir eine Liste mit einer Reihe von typischen politischen Aktionen vorgelegt (Abbildung 3.8). Bei denjenigen, für die die jeweilige Aktivität in Frage kommt, haben wir nachgefragt, ob sie sich daran schon einmal beteiligt haben.

Für insgesamt 77% aller Jugendlichen käme dann, »wenn sie bei einer Sache, die ihnen persönlich wichtig ist, ihre Meinung kundtun oder wenn sie poli-

Abb. 3.8 Was an politischen Aktivitäten und Aktionen in Frage käme Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

	Falls in Frage kommt: schon gemacht?
-Kommt für mich auf jeden Fall oder wahrscheinlich in Frage-	
Unterschriftenliste unterschreiben	77 (59)
Aus politischen Gründen bestimmte Waren boykottieren	54 (44)
Mich an einer Protestversammlung beteiligen	44 (45)
In einer Bürgerinitiative mitmachen	39 (11)
Über Internet oder Twitter sich über Aktionen informieren und mitmachen	31 (31)
In einer Partei oder einer politischen Gruppe mitarbeiten	17 (13)

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

tisch Einfluss nehmen wollen«, die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion in Frage. 59% für die dies in Frage käme, berichten, dies schon einmal gemacht zu haben. Weitere 54% könnten sich vorstellen, aus politischen, ethischen oder Umweltgründen den Kauf einer Ware zu boykottieren, 44% derjenigen, für die das in Frage käme, haben das schon mal gemacht.

An einer Protestversammlung (Demonstration) würden sich 44% beteiligen. 45% von dieser Gruppe haben das schon mal gemacht. In einer Bürgerinitiative würden 39% mitarbeiten, dies haben allerdings erst 11% von dieser Gruppe gemacht. Sich im Internet oder über Twitter über Aktionen kurzfristig informieren und dann dort mitmachen, können sich 31% vorstellen. Ebenfalls 31% von ihnen haben das schon einmal gemacht. In einer Partei oder politischen Gruppe würden hingegen nicht mehr als 17% mitarbeiten, wobei dies nicht mehr als 13% dieser Jugendlichen bereits gemacht haben.¹³

Summiert man die politischen Aktivitäten (»eher nicht« oder »auf keinen Fall« = 0, »wahrscheinlich« = 1 und »auf jeden Fall« = 2), so lässt sich ein Index bilden, mit dem sich die grundsätzliche Bereitschaft abbilden lässt, sich an politischen Aktionen und Akti-

¹³ Bezieht man die Anteile derjenigen, die berichten, schon einmal an einer der entsprechenden Aktionen teilgenommen zu haben, auf alle Jugendlichen (und nicht nur auf die, für die diese Aktivitäten aktuell in Frage kommen), so hätten sich 45% schon einmal an einer Unterschriftenaktion, 24% am Boykott einer Ware, 20% an einer Protestversammlung, 4% an einer Bürgerinitiative und 10% an einer über Internet oder Twitter organisierten Aktion beteiligt. Nicht mehr als 2% hätten dann schon einmal in einer Partei oder in einer sonstigen politischen Gruppe mitgearbeitet. Tatsächlich haben wir aber nur bei den Jugendlichen nachgefragt, die aktuell die Beteiligung an einer entsprechenden Aktivität für sich nicht ausschließen. Obgleich hierbei diejenigen, die dies früher vielleicht schon mal gemacht haben, heute aber solche Aktivitäten ausschließen, unberücksichtigt bleiben, dürften diese Werte die zentrale Tendenz einigemmaßen treffend abbilden.

Tab. 3.5 **Bereitschaft zur Beteiligung an politischen Aktivitäten**
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Spalten in %	Aktivitätsbereitschaft ¹				
	Keine Bereitschaft (8%)	Geringe Bereitschaft (15%)	Bereitschaft vorhanden (37%)	Höhere Bereitschaft (22%)	Hohe Bereitschaft (18%)
Unerschrittenliste					
Auf jeden Fall	15	43	72	49	25
Wahrscheinlich	62	28	16	6	2
Eher nicht	34	6	3	2	1
Auf keinen Fall	4	1	1	1	1
Keine Angabe					
Waren boykottieren					
Auf jeden Fall	6	19	52	39	7
Wahrscheinlich	45	56	19	7	2
Eher nicht	52	34	15	6	4
Auf keinen Fall	5	4	-	-	-
Protestversammlung					
Auf jeden Fall	2	14	53	41	5
Wahrscheinlich	7	29	54	28	1
Eher nicht	41	66	53	28	5
Auf keinen Fall	57	25	16	4	1
Keine Angabe	2	2	-	-	-

Fortsetzung rechte Seite

aktivitäten zu beteiligen.¹⁴ Gruppieren man diesen Index (Tabelle 3.5), so ergibt sich ein Anteil von 8% aller Jugendlichen, für die keine der genannten Aktivitäten als Mittel zur politischen Meinungsäußerung in Frage käme (keine Aktivität wahrscheinlich). Weitere 15% berichten über eine geringe Bereitschaft (max.

¹⁴ Anhand der Ergebnisse einer Faktorenanalyse lässt sich zeigen, dass sich die von uns abgetragenen politischen Aktivitäten auf eine Dimension beziehen. In Summe wird von daher die grundsätzliche Bereitschaft abgeleitet, sich zur politischen Meinungsäußerung als Protest oder zur Durchsetzung von Forderungen an entsprechenden Aktivitäten zu beteiligen.

eine Aktivität wahrscheinlich). Denkbar wäre für sie höchstens die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion (65%) oder für einen kleineren Teil (17%) der Kauf-Boycott einer Ware. Bei 37% aller Jugendlichen wäre hingegen, wenn sie für eine Sache, die ihnen wichtig ist, eintreten wollen, eine grundsätzliche Aktivitätsbereitschaft vorhanden (2 bis 3 Aktivitäten wahrscheinlich). Auch für sie käme am ehesten die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung (80%) sowie für einen weiteren Teil der Kauf-Boycott einer Ware (51%) in Frage. Auf eine höhere Wahrscheinlichkeit

Fortsetzung Tab. 3.5

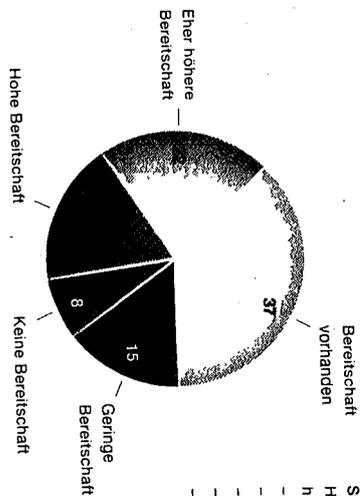
Spalten in %	Aktivitätsbereitschaft ¹				
	Keine Bereitschaft (8%)	Geringe Bereitschaft (15%)	Bereitschaft vorhanden (37%)	Höhere Bereitschaft (22%)	Hohe Bereitschaft (18%)
Bürgerinitiative					
Auf jeden Fall	1	2	27	56	15
Wahrscheinlich	38	66	51	35	1
Eher nicht	59	29	18	5	2
Auf keinen Fall	3	2	1	2	-
Internet-/Twitter-Mobilisierung					
Auf jeden Fall	1	6	25	44	26
Wahrscheinlich	40	55	48	40	4
Eher nicht	56	37	26	14	3
Auf keinen Fall	4	3	3	2	1
Mitarbeit Partei/politische Gruppe					
Auf jeden Fall	1	3	16	25	47
Wahrscheinlich	26	47	47	55	11
Eher nicht	71	47	41	24	1
Auf keinen Fall	3	3	-	-	1

¹ Gruppierung auf Basis eines anhand der politischen Aktivitäten gebildeten Antwortindex: Summenscore: 0 = »Eher nicht«, 1 = »Wahrscheinlich«, 2 = »Auf jeden Fall«, 3 = »Keine Bereitschaft«, 4 = »Geringe Bereitschaft«, 5 = »Bereitschaft vorhanden«, 6-12 = »Hohe Bereitschaft«.

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

zur Teilnahme an politischen Aktionen verweisen 22% (mehrere Aktivitäten auf jeden Fall oder wahrscheinlich). Diese Jugendlichen könnten sich mehrheitlich zusätzlich vorstellen, auch an einer Protestversammlung oder Demonstration (68%) teilzunehmen oder aber sich einer Bürgerinitiative anzuschließen (58%). Eine Organisierung über das Internet oder über Twitter käme aber auch hier nur für einen Teil (44%) und die Mitarbeit in einer Partei oder in einer politischen Gruppe sogar für einen noch kleineren Teil in Frage (21%). 18% gehören schließlich zur Gruppe der Jugendlichen mit hoher Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Aktionen (fast alle Aktivitäten »auf jeden Fall« oder »wahrscheinlich«). Für diese Gruppe kommen so gut wie alle der genannten politischen Aktionsformen und insbesondere auch eine Mobilisierung über das Internet oder über Twitter (69%) in Frage. Ausnahme ist die Mitarbeit in

Abb. 3.9 Politische Aktivitätsbereitschaft Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)



Shell Jugendstudie 2010 – TNS Infratest Sozialforschung

Statistische Regressionsanalyse
Höhere Teilnahmebereitschaft hängt zusammen mit:

- Interesse an Politik
- Geschlecht: weiblich
- Selbsteinschätzung: (eher) links
- Region: eher alte Bundesländer
- Bildung: eher höher

einer Partei oder in einer politischen Gruppe, die sich ebenfalls nur eine Minorität vorstellen kann (41 %).

Höher Gebildete, die sich selber eher als links und als politisch interessiert bezeichnen, sind häufiger bereit, sich an politischen Aktionen zu beteiligen

Untersucht man die Zusammenhänge, so lässt sich zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, sich an politischen Aktionen und Aktivitäten zu beteiligen, vor allem bei Höhergebildeten (Abiturienten, Studierende) besonders dann ansteigt, wenn diese sich als politisch interessiert und eher als links einstufen. Eine besonders geringe Bereitschaft findet sich hingegen bei niedrig Gebildeten, die sich entweder als eher rechts einstufen oder die sich gar nicht positionieren können und die sich als politisch uninteressiert bezeichnen. Darüber hinaus sind weibliche Jugendliche (44% der weiblichen Jugendlichen verweisen im Vergleich zu 35% der männlichen Jugendlichen auf eine

eher höhere oder eine hohe Aktivitätsbereitschaft) sowie Jugendliche aus den alten Bundesländern eher bereit, sich an Aktionen und Aktivitäten zu beteiligen (41% mit höherer oder hoher Aktivitätsbereitschaft im Westen im Vergleich zu 33% im Osten).

Eine größere Bereitschaft weisen dagegen von unabhängig idealistisch orientierte Jugendliche auf. Die größere Affinität zu politischen Aktivitäten korreliert hier insbesondere mit den Haltungen »Gerade weil in Arbeitswelt und Gesellschaft vieles falsch läuft, muss man persönlich wehren«, »Es ist für mich persönlich wichtig, sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen zu helfen« sowie mit einer ablehnenden Haltung gegenüber der Aussage »Heutzutage muss man sich auf Ausbildung und Karriere konzentrieren, dahinter muss alles andere zurückstehen« (zu den Wertorientierungen und Einstellungen vgl. im Einzelnen Kapitel 5). Keinen Einfluss auf das Antwortverhalten hat hingegen eine vorhandene soziale Risikosituation (Arbeitslosigkeit, fehlen-

der Schul- und/oder beruflicher Bildungsabschluss sowie bei Schülern die Einschätzung, den angestrebten Schulabschluss nicht erreichen zu können) oder auch die Beurteilung der gesellschaftlichen Zukunft.¹⁵ Es ist demnach weniger eine eigene Risikolage oder ein eher pessimistischer Blick auf die Gesellschaft, die mit einer stärkeren Bereitschaft zum politischen Engagement einhergehen. Vielmehr kommt zum Ausdruck, dass eine vorhandene subjektive politische Kompetenz im Kontext mit einem kritischen Blick auf gesellschaftliche Problemstellungen, einem persönlichen Unrechtsbewusstsein als moralischem Maßstab sowie der Bereitschaft, sich jenseits von eigenen Karrieremotiven auch für andere einzusetzen, eher die Bereitschaft fördern, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen.

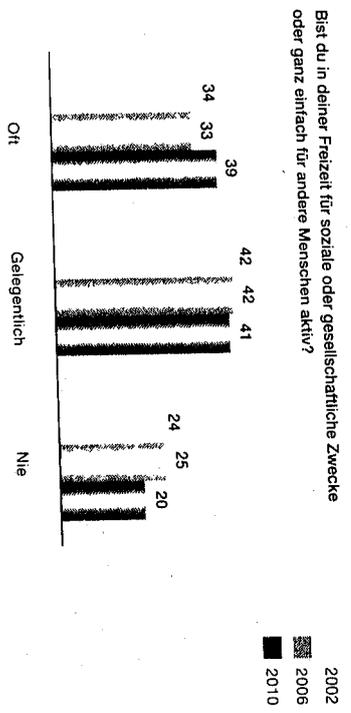
Hervorgehoben sei an dieser Stelle die Bedeutung des von uns erhobenen Merkmals »Interesse an Politik«. Dieser Indikator hat für sich genommen die höchste Erklärungskraft dafür, welche Jugendlichen eine größere Bereitschaft artikulieren, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Auffällig in diesem Zusammenhang ist, dass sich weibliche Jugendliche trotz ihres gegenüber männlichen Jugendlichen geringer ausfallenden politischen Interesses als etwas aktivitätsbereiter präsentieren. Sich auf Politik zu beziehen fällt männlichen Jugendlichen nach wie vor leichter. Dass

jedoch weibliche Jugendliche trotzdem eher bereit sind, sich an politischen Aktionen zu beteiligen, zeigt die Barrieren auf die es für Mädchen im Bezug auf die noch immer männlich dominierte Politik offenbar nach wie vor gibt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Obgleich sich die Mehrheit der Jugendlichen als eher politikverdrossen und disanziert gegenüber politischem Engagement charakterisiert, darf dies nicht damit gleichgesetzt werden, dass deshalb keine Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Aktionen vorhanden wäre. Traditionelle Unterschriftenaktionen sind offenbar für breite Kreise von Jugendlichen eine adäquate Artikulationsmöglichkeit, die bei der Mehrheit auf Akzeptanz stößt, und auch Kaufboykottaktionen treffen auf breiteres Interesse. Insbesondere bei politisch interessierten und eher links orientierten Jugendlichen findet sich dann mehrheitlich die Bereitschaft, sich auch an weitergehenden politischen Aktionen zu beteiligen. Eine nicht unerhebliche Rolle spielen für diesen Kreis das Internet, Twitter oder ähnliche Kommunikationsformen, die eine schnelle politische Vernetzung ermöglichen. Ausgangspunkt für politische Aktionen ist nach wie vor eine eigene Betroffenheit, sei es unmittelbar oder aber mittelbar, indem man sich mit einem gesellschaftlichen Problem persönlich identifiziert. Ist dies gegeben, dann gelingt es vergleichsweise schnell, Jugendliche zu Protestaktionen wie zuletzt zum Beispiel gegen den Klimawandel oder gegen die von relevanten Teilen als verfehlt betrachtete Bildungspolitik zu mobilisieren («Bildungsstreiks»). Die Bereitschaft, sich auch selber längerfristig und verbindlicher zu organisieren, ist allerdings nur schwach ausgeprägt. Protest und Eintreten für die eigenen Interessen, ja – egal ob mit oder ohne Happening, Politik machen in Parteien oder in politischen Gruppen hingegen eher nein.

¹⁵ Wir haben hierzu eine lineare Regression sowie zur Kontrolle eine ordinale Regression auf den Index politische Aktivitäts- und Aktionsbereitschaft durchgeführt. Einbezogene Merkmale: Alter, Geschlecht, Schulbildung, Ost/West, Politisches Interesse, Politische Positionierung, Soziale Risikolage (Arbeitslos, ohne Schul-/Berufsabschluss, gewünschter Schulabschluss wahrscheinlich nicht erreichbar), Beurteilung der gesellschaftlichen Zukunft. Erklärte Varianz $R^2 = 0,16$. Nimmt man die genannten subjektiven Einstellungen hinzu, so erhöht sich die erklärte Varianz auf $R^2 = 0,23$.

Abb. 3.10 Aktiv sein für andere im Alltag
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)



Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

3.2.2 Aktiv sein im Alltag

Neben der politischen Partizipation und den damit verbundenen Aktivitäten ist für die Beständigkeit und den Zusammenhang einer Demokratie auch ein hinreichendes soziales Engagement unerlässlich, so wie dies im modernen Leitbild einer Bürgergesellschaft zum Ausdruck kommt (Deutscher Bundestag 2002). In der Shell Jugendstudie fragen wir »Bist du in deiner Freizeit für soziale oder gesellschaftliche Zwecke oder ganz einfach für andere Menschen aktiv?«

Hierzu wird den Jugendlichen eine Liste mit Bereichen vorgelegt mit der Bitte anzugeben, ob sie sich hier »nie«, »gelegentlich« oder »oft« einsetzen. »Sich für andere einsetzen« ist dabei Ausdruck einer sozialen Haltung, die an dieser Stelle gemessen wird. Damit unterscheidet sich diese Abfrage von anderen Studien, wie etwa dem Freiwilligenurvey, der freiwilliges Engagement anhand von konkreten Aktivitäten in gesellschaftlichen Bereichen misst und auf diese Weise sowohl aktives Engagement von eher passiver Teilnahme abgrenzt als

auch eine Verengung auf zum Beispiel klassische ehrenamtliche Aktivitäten oder Amter vermeidet (Gensicke u. a. 2006; Gensicke 2010).

Zusammengenommen geben 39% der Jugendlichen an, in mindestens einem der von uns abgefragten Bereiche »oft« aktiv zu sein. Der Anteil ist im Vergleich zu 34% im Jahr 2002 und 33% im Jahr 2006 angestiegen. »Gelegentlich« aktiv sind 41%, im Vergleich zu 42% in den Jahren 2002 und 2006, während 20% im Vergleich zu 24% in 2002 und 25% in 2006 angeben, nie aktiv zu sein (Abbildung 3.10).

Zum Vergleich die Ergebnisse des Freiwilligenurveys: Die über konkrete Aktivitäten gemessene sogenannte Engagementsquote ist bei den 14- bis 24-Jährigen von 37% im Jahr 1999 auf 36% im Jahr 2005 und 35% im Jahr 2009 in der Tendenz leicht rückläufig (Gensicke 2010). Wie schon ausgeführt sind beide Abfragen methodisch nicht unmittelbar vergleichbar, wiewohl die Engagementsquote vom Niveau her betrachtet mit dem Anteil der Jugendlichen, die oft aktiv sind, vergleichsweise gut zu-

Tab. 3.6 Aktivitäten nach Bereichen
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Ich bin aktiv für	2002		2006		2010	
	Oft	Gelegentlich	Oft	Gelegentlich	Oft	Gelegentlich
Ein sinnvolle Freizeitgestaltung von Jugendlichen	13	35	13	31	15	33
Die Interessen von Jugendlichen	12	38	10	36	13	38
Hilfebedürftige ältere Menschen	8	35	8	34	10	37
Den Umwelt- oder Tierschutz	8	29	7	24	8	28
Ein besseres Zusammenleben mit Migranten	8	25	6	22	8	25
Ein besseres Zusammenleben am Wohnort	6	23	6	18	6	22
Sicherheit und Ordnung am Wohnort	6	20	6	16	6	20
Behinderte Menschen	6	16	5	13	5	18
Sozial schwache Menschen	5	29	5	29	7	32
Menschen in den armen Ländern	4	24	4	24	6	27
Die Pflege der deutschen Kultur und Tradition	4	17	3	15	6	17
Soziale und politische Veränderungen	2	15	2	14	3	17
Sonstiges	5	25	7	24	7	25

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

sammenfasst. Legt man trotzdem beide Ergebnisse nebeneinander, so hat es den Anschein, dass das laut Freiwilligenurvey leicht rückläufige Engagement bei den Jugendlichen offenbar nicht mit einer rückläufigen Bedeutung einhergeht, sich im Alltag für andere einzusetzen.

Im Freiwilligenurvey zeigt sich zwar ein leichter Rückgang, wenn es um die konkrete Übernahme von Tätigkeiten und die darauf verwendete Zeit geht, aber die Bereitschaft, sich zu engagieren, hat bei Jugendlichen deutlich zugenommen.

Auch dies passt mit den Ergebnissen der Shell Jugendstudie gut zusammen, die ja Engagement eher im Sinne des Sich-Einsetzens für andere definiert und wo sich entsprechend auch der Goodwill zu sozialer Teilhabe ausdrückt.

Ein Blick auf die Bereiche, in denen Jugendliche aktiv sind, zeigt, dass eigene Aktivitäten für andere an unterschiedlichen Stellen zugenommen haben (Tabelle 3.6). An der Spitze stehen Aktivitäten für Jugendliche und hierbei für eine sinnvolle Freizeitgestaltung oder

Tab. 3.7. Oft aktiv: Entwicklung bei unterschiedlichen Gruppen im Zeitverlauf Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

%-Angaben	2002	2006	2010
<i>Oft aktiv nach politischem Interesse</i>			
Interessiert	38	43	49
Nicht interessiert	33	28	34
<i>Oft aktiv nach Alter</i>			
12 bis 14 Jahre	38	28	41
15 bis 17 Jahre	32	40	47
18 bis 21 Jahre	34	34	36
22 bis 25 Jahre	35	31	36
<i>Oft aktiv nach angestrebtem oder erreichtem Abschluss</i>			
Abitur / FH-Reife	37	36	43
Mittlere Reife	34	33	38
Hauptschulabschluss	28	27	31
<i>Oft aktiv nach Geschlecht</i>			
Männlich	36	32	40
Weiblich	33	34	38

Shell Jugendstudie 2010 - TWS Infares Sozialforschung

für deren allgemeine Interessen. Hinzu kommen eine ganze Reihe anderer Bereiche, etwa der Einsatz für ältere Hilfebefürtigte oder für sozial Schwache, für ein besseres Zusammenleben mit Migranten oder auch die Pflege der deutschen Kultur und Tradition. Auch hier haben sich leichte Veränderungen vollzogen. Im Einzelnen sind die Zuwächse im zeitlichen Verlauf aber eher gering. In der Summe führt dies dann aber wie dargestellt dazu, dass vor allem der Anteil der Jugendlichen, die sich im Alltag oft für andere einsetzen, angestiegen ist.

Aktivität und Engagement sind bildungs- und schichtabhängig

Wie von uns bereits in der 15. Shell Jugendstudie ausgeführt, sind Aktivität und Engagement bildungs- und damit auch

schichtabhängig (^{*)}Oft aktiv^{*)} nach angestrebtem oder erreichtem Abschluss: Abitur oder FH-Reife: 43 %, mittlere Reife: 38 %, Hauptschulabschluss: 31 %) (^{*)}Oft aktiv^{*)} nach Schicht: Oberschicht: 50 %, Obere Mittelschicht: 46 %, Mittelschicht: 37 %, Untere Mittelschicht: 37 %, Unterschicht: 22 %.) Ein weiteres Merkmal ist die Wertorientierung (^{*)}Oft aktiv^{*)} nach Wertorientierung, Idealfisten: 45 %, Materialisten: 43 %, Zögerliche: 38 %, Materialisten: 32 %), und auch das politische Interesse ist signifikant (^{*)}Oft aktiv^{*)} nach politischem Interesse: interessiert: 49 %, nicht interessiert: 34 %).

Die Bildungs- und Schichtabhängigkeit erklärt sich zum einen aus den unterschiedlichen lebensweltlichen Kompetenzen der Jugendlichen – aktiv im Alltag sein setzt Selbstbewusstsein, soziale Kompetenz und auch Gelegenheitsstrukturen im Alltag voraus – sowie

zum anderen aus den damit zusammenhängenden Wertorientierungen.

Fragt man nach der Entwicklung im Zeitverlauf, so finden sich etwas stärkere Zuwächse im Aktivitätsniveau bei politisch Interessierten sowie generell bei jüngeren, insbesondere bei der Gruppe der 15- bis 17-Jährigen (oft aktiv: 2002: 32 %, 2006: 40 %, 2010: 47 %). Auch bei Jugendlichen mit Abitur oder FH-Abschluss ist der Anteil derjenigen, die oft im Alltag aktiv sind, etwas stärker gewachsen als bei den anderen Bildungsniveaus. Die Unterschiede sind hier aber nicht so groß, als dass man davon ausgehen könnte, dass das Bildungsniveau und damit einhergehend die Schicht für das Anwachsen insgesamt maßgeblich wären. Vergleichbares gilt für die Wertorientierung: Zuwächse finden sich hier in allen Gruppen und nicht etwa primär bei den Idealfisten. Beim Geschlecht ergeben sich im Trend keine Änderungen (Tabelle 3.7). Es hat demnach den Anschein, dass bei den Jugendlichen insgesamt die soziale Orientierung und die damit verbundenen Aktivitäten im Alltag angestiegen sind. Dieser mögliche Trend findet sich noch etwas stärker bei den jüngeren Jugendlichen. Auch an dieser Stelle muss die weitere Entwicklung jedoch erst noch abgewartet werden.

Vereine als die zentralen Räume für soziale Aktivitäten

Zusätzlich zu den Bereichen haben wir ebenfalls anhand einer Liste mit Organisationen, Initiativen oder Einrichtungen erhoben, wo und in welcher Form sich die Aktivitäten der Jugendlichen im Alltag vollziehen (Abbildung 3.11).

Die wichtigsten Sozialräume für Aktivität und Engagement sind in Deutschland nach wie vor die Vereine. Hier sind immerhin 47 % aller Jugendlichen oft oder gelegentlich für gesellschaftliche oder soziale Zwecke oder ganz einfach

für andere Menschen aktiv. Eine ebenfalls große Rolle als soziales Umfeld spielen Schulen und Hochschulen. Hier üben 22 % aller Jugendlichen entweder Ämter oder Funktionen aus, die mit Aktivitäten und Engagement verbunden sind, oder sie sind dort in Gruppen oder Initiativen aktiv.¹⁶ 16 % üben ihre Aktivitäten in Kirchengemeinden oder kirchlichen Gruppen aus, 15 % in einem selbst organisierten Projekt. Eine Jugendorganisation benennen 12 %.

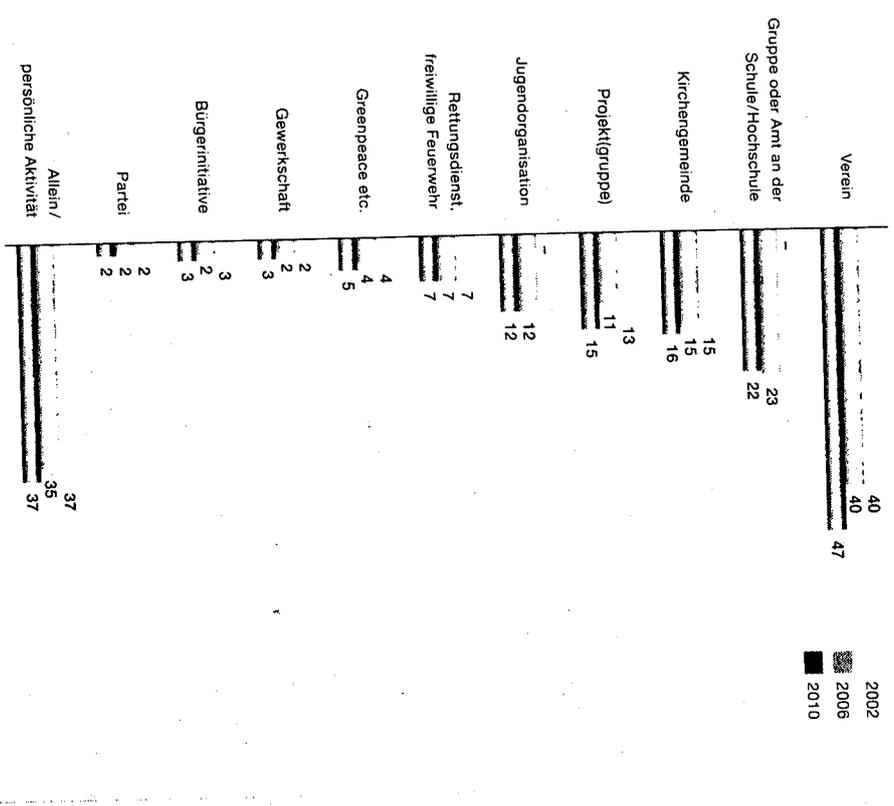
Wichtig sind ebenfalls Rettungsdienste oder auch die Freiwillige Feuerwehr, in denen ein mit 7 % quantitativ nicht zu unterschätzender Anteil von Jugendlichen sozialen Aktivitäten nachgeht. Hilfsorganisationen wie Amnesty International oder auch Greenpeace sind für 5 % der Jugendlichen sowie Bürgerinitiativen für 3 % und Gewerkschaften ebenfalls für 3 % der Jugendlichen Räume für soziales und persönliches Engagement. Parteien bilden demgegenüber mit einem Anteil von 2 % das Schlusslicht.

Auffällig ist schließlich, dass mehr als ein Drittel der Jugendlichen (37 %) angibt, gesellschaftliche und soziale Aktivitäten für sich allein z. B. in ihrem persönlichen Umfeld zu erbringen. In der Regel dürfte es sich hierbei um Dinge handeln, die innerhalb bestimmter sozialer Bezüge (Wohngebiet, nachbarschaftliches Umfeld, Clique oder in sonstigen Bereichen) stattfinden, die jedoch nicht organisiert oder strukturell angebunden sind. Es geht in diesem Fall um »soziales Verhalten« im Alltag, was, wie die Ergebnisse zeigen, von den Jugendlichen auch genauso wahrgenommen und deshalb auch an dieser Stelle benannt wird.

Im zeitlichen Verlauf betrachtet hat die Bedeutung des Sozialraumes Verein

¹⁶ Wie haben die Abfrage seit 2006 an dieser Stelle verändert und in diesem Fall nach einer Gruppe, Funktion oder einem Amt an der Schule oder Hochschule gefragt.

Abb. 3.11 Wie und wo man (oft oder gelegentlich) gesellschaftlich aktiv ist
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)



Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

noch einmal zugenommen. Vereine, die selber stark von freiwilligem Engagement abhängig sind, bieten ausgesprochen gute Gelegenheiten, Jugendliche in Aktivitäten einzubinden. Hierbei gilt allerdings auch für Vereine der Befund, dass dort höhergebildete Jugendliche aus gehobeneren Schichten noch häufiger

engagiert sind (Engagement innerhalb von Vereinen nach angestrebtem oder erreichtem Abschluss: Abitur oder FH-Reife: 52 %, mittlere Reife: 46 %, Hauptschulabschluss: 36 %). Wir fragen in der Shell Jugendstudie nicht grundsätzlich die Mitgliedschaft in Vereinen ab. Andere Untersuchungen zeigen allerdings,

dass dort auch die Mitgliedschaft bereits sozial gebunden ist und dass zum Beispiel auch in Sportvereinen Kinder aus gehobenen Schichten relativ häufiger anzutreffen sind (Leven/Schneekloth 2010). Dieser Zusammenhang gilt für alle anderen von uns abgefragten Aktivitätsbereiche mit Ausnahme der Rettungsdienste bzw. der freiwilligen Feuerwehr und der Gewerkschaften. Hier sind im Vergleich relativ häufiger Jugendliche aus der eher unteren Schichten und mit geringerem Bildungshintergrund aktiv.

Ansonsten ist die Verteilung nach Aktivitätsräumen eher konstant geblieben. Einen leichten Zuwachs haben parallel zum Anstieg des politischen Interesses, selbst organisierte Projekte zu verzeichnen. Klassische politische Organisationen, wie Bürgerinitiativen, Gewerkschaften oder Parteien, spielen hingegen nach wie vor so gut wie keine Rolle.

Alles in allem zeigen die Ergebnisse die große Vielfalt auf, in der sich Jugendliche heute sozial einbringen. Es kann bei Jugendlichen also nicht von einem Rückgang im Sozialkapital die Rede sein, eher sogar von einer leichten Zunahme der Bereitschaft, sich einzubringen.

3.3 Gesellschaftliche Integration und Alltagskonflikte

Wie dargestellt hängt der Bezug von Jugendlichen auf die Gesellschaft sowie deren persönlicher Optimismus stark davon ab, welche Chancen sich ihnen in Abhängigkeit von ihrer sozialen Lage, ihrer Herkunftsschicht und ihrer Bildungsposition bieten. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch deren Einstellungen und Orientierungen. Besonders gut nachvollziehen lässt sich dies, wie im Abschnitt 3.1.2 gezeigt, am Beispiel der Demokratie-Zufriedenheit, die bei Ju-

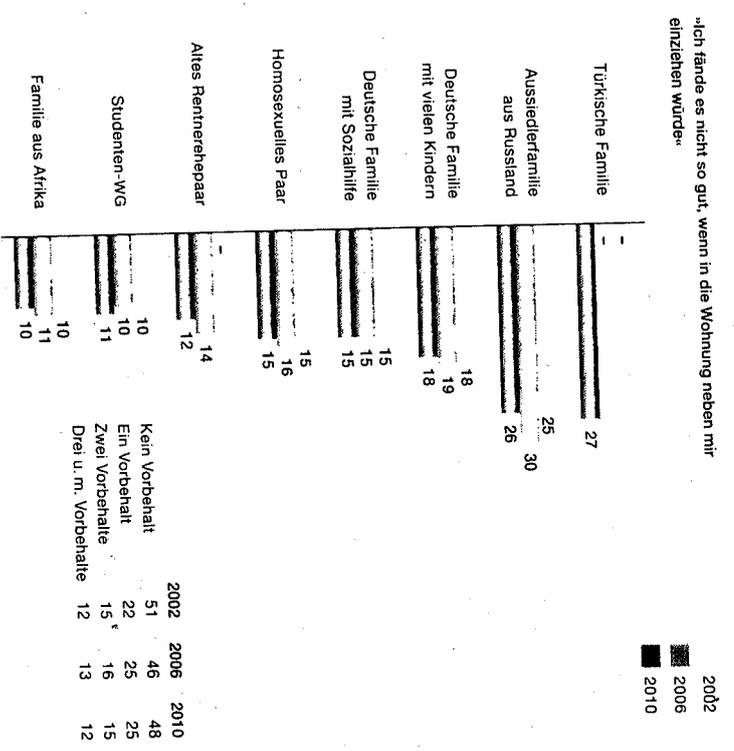
gendlichen vor allem über die aktuelle Lebenslage bestimmt ist.

Wir hatten uns bisher mit dem allgemeinen Bezug von Jugendlichen auf Politik und Gesellschaft, mit dem politischen Interesse, der Akzeptanz von Demokratie-Normen sowie mit deren Bereitschaft, selber aktiv zu werden, befasst. Feinstrukturen konnten wir, dass die Demokratiebindung nach wie vor hoch ist und dass im Trend betrachtet die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen, in den letzten Jahren leicht zugenommen hat. Ähnliches gilt auch für das allgemeine politische Interesse, wobei der Anteil politisch interessierter Jugendlicher allerdings im Vergleich zu früheren Jahren noch immer eher niedrig ist. Von einer voranschreitenden gesellschaftlichen Desintegration von Jugendlichen kann von daher trotz der aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Krisensymptome nicht die Rede sein.

Weitere Gradmesser für gesellschaftliche Integration sind das Maß an Toleranz, das man gegenüber anderen sozialen Gruppen aufbringt, insbesondere wenn es sich um gesellschaftliche Randgruppen handelt, sowie sozial abweichendes, delinquentes Verhalten im Alltag. Der Begriff der Delinquenz bezieht sich auf sozial unerwünschtes Verhalten, wobei die Frage, wann ein Verhalten eher störend oder aber bereits unerwünscht und untolerierbar ist, gesellschaftlich normiert ist. Delinquenz wird zu kriminellem Verhalten, wenn dabei gegen bestehende Gesetze verstoßen wird, also etwa im Falle von Diebstahl, Körperverletzungen, Drogenhandel oder in Form von anderen Delikten.

In der Shell Jugendstudie messen wir hierzu den Grad an Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen sowie die Verwicklung von Jugendlichen in gewalttätige Auseinandersetzungen im Alltag. Darüber hinaus erheben wir die Einstellung von Jugendlichen zum weiteren Zuzug von Ausländern.

Abb. 3.12 Vorbehalte gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)



Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

3.3.1 Toleranz gegenüber gesellschaftlichen (Rand-)Gruppen

Wie schon in den letzten beiden Shell Jugendstudien haben wir auch diesmal wieder nach möglichen Vorbehalten gegenüber gesellschaftlich stigmatisierten Gruppen gefragt (»Fändest du es gut, nicht so gut oder wäre es dir egal, wenn in die Wohnung nebenan folgende Menschen einziehen würden?«).

Toleranz gegenüber anderen ist für Jugendliche prägend

Jugendliche artikulieren gegenüber ein-zehnen Gruppen durchaus Vorbehalte, allerdings kann von einer generellen Intoleranz nach wie vor keine Rede sein (Abbildung 3.12). Mit 27% und fast gleichauf mit 26% werden am häufigsten Vorbehalte gegenüber einer türkischen Familie oder einer russischen Ausiedlerfamilie geäußert. Die Anteilswerte sind insofern bemerkenswert, als nur

10% der Jugendlichen Vorbehalte gegenüber einer Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe benennen. Toleranz und Vorurteile gegenüber Migranten hängen demnach auch sehr stark davon ab, um welche Ethnien es sich handelt. Wer hierbei auf persönliche Kontakte zu Migranten etwa in der Nachbarschaft verweist, insgesamt immerhin 50% der Jugendlichen, der äußert in geringerem Maße Vorbehalte. Türkische und russische Migranten prägen als größte Zuwanderergruppen natürlich stark das Bild, während afrikanische Zuwanderer nur in bestimmten Gebieten (Universitätsstädte oder bestimmte Stadtteile von Großstädten) zahlenmäßig überhaupt auffallen. Insgesamt hat es trotzdem den Anschein, dass es heute nicht mehr primär eine an der äußeren Erscheinung festgemachte »Fremdartigkeit« ist, zum Beispiel eine schwarze Hautfarbe, die bei einem Teil der Jugendlichen Vorurteile produziert, sondern dass auch eine bestimmte öffentliche Wahrnehmung und Rollenzuweisung, etwa gegenüber türkischen und russischen Migranten, hierfür mitverantwortlich ist.

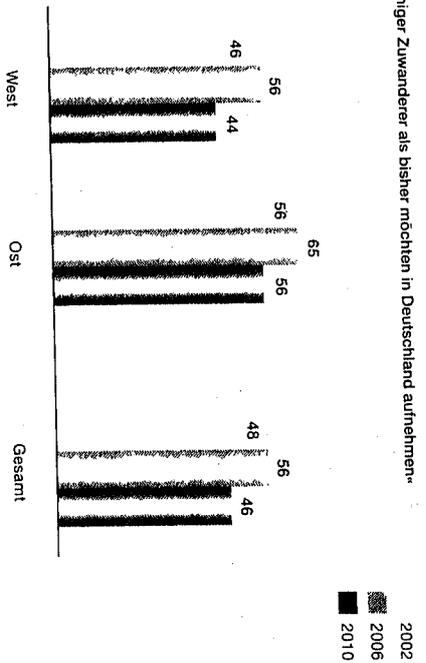
Gegenüber einer deutschen Familie mit vielen Kindern haben 18% und gegenüber einer deutschen Familie mit Sozialhilfebezug 15% der Jugendlichen Vorbehalte. Bei einem homosexuellen Paar sind es 15%, an einem alten Rentnerhepaar stoßen sich 12% und an einer Studenten-WG als Nachbarn 11%. Junge Migranten unterscheiden sich an dieser Stelle nur unwesentlich von einheimisch deutschen Jugendlichen. Die Ausnahme bildet an dieser Stelle die Beurteilung von Homosexuellen. Gegen diese Gruppe sprechen sich in der Abfrage 24% der Migranten im Vergleich zu 12% der einheimisch deutschen Jugendlichen aus. Nimmt man die Negativnennungen gegenüber den Gruppen, die wir seit 2002 abfragen,¹⁷ zusammen, so äußern 48% der Jugendlichen gar keine Vorbehalte, 25% stören sich an einer Gruppe,

15% an zwei Gruppen und 12% haben Vorbehalte gegenüber drei und mehr Gruppen. Im Zeitverlauf betrachtet hat sich eher wenig geändert. Bezogen auf alle Gruppen ist die Tendenz inzwischen wieder leicht rückläufig. Keinerlei Vorbehalte äußerten im Jahr 2002 zusammengekommen 51% der Jugendlichen, während es im Jahr 2006 nur noch 46% waren. Mit 48% im Jahr 2010 hat sich dies jetzt aber wieder umgekehrt. Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, dass der Anteil derjenigen, die sich negativ gegenüber einer russischen Ausiedlerfamilie äußern, von 30% im Jahr 2006 auf aktuell 26% zurückgegangen ist.

Wie bereits in der letzten Shell Jugendstudie dargestellt, hängen Vorbehalte gegenüber anderen sozialen Gruppen ebenfalls vor allem von der Bildungsposition und sozialen Lage sowie von den Wertorientierungen ab.¹⁸ Ein signifikanter Zusammenhang ergibt sich darüber hinaus zur politischen Positionierung (rechts/links).¹⁹ Deutlich über 50% und damit am höchsten ist die Toleranz gegenüber anderen sozialen Gruppen bei idealistisch orientierten Jugendlichen (68% ohne Vorbehalte), bei links oder eher links orientierten (57% ohne Vorbehalte) und dementsprechend bei Jugendlichen mit angestrebtem oder erreichtem Abitur (53% ohne Vorbehalte) ausgeprägt. Studierende sind hierbei die toleranteste soziale Gruppe (57% ohne Vorbehalte). Unterdurchschnittlich und zum Teil weit unter 40% ist die Toleranz hingegen bei materialistisch orientierten (34% ohne Vorbehalte) und tendenziell auch bei den sogenannten zögerlichen

17 Die Zeitreihe seit 2002 liegt für sechs Gruppen vor das sind alle benannten außer der türkischen Familie und dem alten Rentnerhepaar.
18 Zu den Wertorientierungen von Jugendlichen siehe Kapitel 5.
19 Diese Merkmale haben sich auch in der Shell Jugendstudie 2010 im Rahmen einer von uns durchgeführten unveröffentlichten multiplen Varianzanalyse als signifikant erwiesen.

Abb. 3.13 Einstellungen zum weiteren Zuzug von Migranten
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)



Weniger Zuwanderer als bisher möchten in Deutschland aufnehmen²⁰

Jugendlichen (44 % ohne Vorbehalte), bei rechts oder eher rechts orientierten (35 % ohne Vorbehalte) bei denjenigen, die sich selber politisch nicht positionieren können (38 % ohne Vorbehalte) bei Jugendlichen mit angestrebtem oder erreichtem Hauptschulabschluss (38 % ohne Vorbehalte), sowie bei Jugendlichen in sozialen Risikolagen (Arbeitslosigkeit, fehlender Schul- und/oder beruflicher Bildungsabschluss sowie bei Schülern die einschätzen, den angestrebten Schulabschluss nicht erreichen zu können: 39 % ohne Vorbehalte). Die sogenannten Macher mit ihren besonders pragmatischen Wertorientierungen (49 % ohne Vorbehalte), die politische Mitte (50 % ohne Vorbehalte) und eher auch jugendliche mit mittlerer Reife (46 % ohne Vorbehalte) sowie diejenigen, die sich in keinen akuten Risikolagen befinden (50 % ohne Vorbehalte), repräsentieren in diesem Fall eher den Durchschnitt. Am stärksten ist der Rückgang in den Vorbehalten bei den idealistisch orientierten Jugendlichen (2002: 64 % ohne Vorbehalte, 2006: 58 %, 2010: 68 %) sowie bei denjenigen, die sich politisch in der Mitte grupieren (2002: 54 % ohne Vorbehalte, 2006: 55 %, 2010: 50 %), ausgeprägt. Gewachsen sind die Vorbehalte hingegen bei Jugendlichen in sozialen Risikolagen (2002: 47 % ohne Vorbehalte, 2006: 45 %, 2010: nur noch 39 % ohne Vorbehalte).

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

Deutliche Problemschärfung in der Einschätzung der Zuwanderungsproblematik

Ein vergleichbares Muster findet sich auch gegenüber der Einstellung zum weiteren Zuzug von Migranten. Hier ist der Anteil derjenigen, die sich dafür aussprechen, weniger Zuwanderer als bisher aufzunehmen, bei den Jugendlichen mit 46 % im Vergleich zu 56 % im Jahr 2006 und 48 % im Jahr 2002 deutlich gesunken. Im Osten spricht sich hierfür

Tab. 3.8 Einstellungen zur Zuwanderung nach politischer Positionierung
Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (Angaben in %)

% Angaben	Eher links/links		Mitte	Eher rechts/rechts		Ohne Positionierung
	links	links		rechts	rechts	
Weniger Zuwanderung als bisher						
2002	40		57	68		48
2006	51		66	80		57
2010	39		49	74		46

Shell Jugendstudie 2010 - TNS Infratest Sozialforschung

mit 56 % noch immer eine Mehrheit aus, aber auch hier ist der Rückgang insbesondere im Vergleich zu 65 % im Jahr 2006 erheblich. Vergleichbares gilt für die alten Bundesländer wo sich aktuell 44 % der Jugendlichen im Vergleich zu 56 % im Jahr 2006 und 46 % im Jahr 2002 für eine Begrenzung des Zuzuges aussprechen (Abbildung 3.13).

Auch in diesem Fall sind es die Bildungsposition, eine soziale Risikolage, die Wertorientierungen sowie die Rechts-Links-Positionierung, die die Jugendlichen in ihren Einstellungen zusätzlich differenzieren.

Jugendliche mit (angestrebtem/r oder erreichtem/r) Abitur oder FH-Reife sprechen sich zu 37 %, Jugendliche mit mittlerer Reife zu 53 % und Jugendliche mit Hauptschulabschluss zu 58 % für weitere Zuzugsbegrenzungen aus. Arbeitslose Jugendliche sind zu 70 % im Vergleich zu 37 % bei den Studierenden für Zuzugsbeschränkungen. Idealtypen sind zu 33 %, Macher zu 47 %, Zögerliche zu 45 % und Materialisten zu 58 % für Begrenzungen.

Dieser Meinungsumschwung in der Bewertung der Zuwanderung findet sich in so gut wie allen sozialen Gruppen, bei den eher schlechter gebildeten und sich in prekären Lebenslagen befindenden Jugendlichen allerdings deutlich weniger stark als bei allen anderen. Vergleichbares gilt für die politische Orientierung. Bei den links oder eher links orientierten

Jugendlichen und auch bei der Mitte sind deutliche Rückgänge hin zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Zuzugsbeschränkungen für Zuwanderer festzustellen. Bei rechts oder eher rechts orientierten Jugendlichen ist die Forderung nach Zuzugsbeschränkungen nach wie vor hoch (Tabelle 3.8).

Alles in allem hat sich die Bewertung der Zuwanderung deutlich entspannt. Der sprunghafte Anstieg in der Ablehnung, den wir von 2002 auf 2006 feststellen konnten, hat sich wieder umgekehrt.

3.3.2 Verwicklung in Auseinandersetzungen im Alltag

In der Shell Jugendstudie fragen wir danach, ob Jugendliche in den letzten 12 Monaten in bestimmten Situationen in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt waren (Abbildung 3.14). Hierbei wird der Akzent eindeutig auf Schlägereien als Form der Auseinandersetzung gelegt.²⁰ Sonstige Formen von aggressiv-

²⁰ Die Abfrage zur Verwicklung in Auseinandersetzungen ist von 2006 im Rahmen der 15. Shell Jugendstudie modifiziert worden. 2002 hatten wir Auseinandersetzungen noch etwas unpräziser und nicht eindeutig mit Bezug auf körperliche Gewalthandlungen in Form von Schlägereien erhoben. Von daher können die aktuellen Ergebnisse an dieser Stelle nicht mit den Daten von 2002 verglichen werden.

Abb. 3.14 **Verwicklung in gewaltsame Auseinandersetzungen**
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

»Warst du in den letzten 12 Monaten in folgenden Situationen in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt?«		2006	2010
Schlägereien unter Jugendlichen	10		13
Schlägereien in Kneipen, Discos, auf Partys etc.	7		8
Schlägereien in der Schule	6		7
Schlägereien zwischen Deutschen und Ausländern	5		5
Schlägereien auf dem Fußballplatz o. A.	3		4
Schlägereien mit Rechtsradikalen	1		1
Schlägereien mit Linksradikalen	1		0
Schlägereien mit der Polizei auf Demonstrationen	1		1
Sonstige Schlägereien	3		3
Nein, keine Verwicklung in Schlägereien		78	77

Shell Jugendstudie 2010 – TNS Infratest Sozialforschung

ven Auseinandersetzungen im Alltag, wie etwa heftige verbale Attacken, Bedrohungen oder auch kleinere Rempeln sollten von den Befragten möglichst nicht berücksichtigt werden. Natürlich kann man sowohl als Täter als auch als Opfer in entsprechende Auseinandersetzungen verwickelt sein. Im Einzelnen lässt sich dies in der Praxis nicht immer klar trennen. Die Art der Abfrage zielt hier darauf ab zu erheben, welche Jugendlichen in Situationen agieren, die mit Schlägereien verbunden sind. Die von uns vorgegebene Liste bezieht sich auf typische Orte oder Situationen, in denen es zu Auseinandersetzungen kommen kann.

Keine wesentlichen Veränderungen beim Thema Jugendgewalt

Wie nicht anders zu erwarten war, haben sich im Vergleich zur letzten Shell Jugendstudie von 2006 eher wenig Änderungen ergeben. Zusammengefasst berichten 23 % der Jugendlichen im Vergleich zu 22 % im Jahr 2006, in den letzten 12 Monaten in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt gewesen zu sein.

An der Spitze stehen mit 13 % Schlägereien unter Jugendlichen, wobei dieser Anteil im Vergleich zu 10 % im Jahr 2006 leicht überproportional gewachsen ist. Es folgen Schlägereien in Kneipen mit 8 % und in Schulen mit 7 %. Bezieht man sich an dieser Stelle nur auf Jugendliche, die noch zur Schule gehen, so haben 13 % der Schülerinnen und Schüler (zwischen 12 und 25 Jahren) berichtet, in den letzten 12 Monaten in Schlägereien in der Schule verwickelt gewesen zu sein. Schlägereien zwischen Deutschen und Ausländern benennen 5 % Schlägereien auf dem Fußballplatz oder Ähnliches 4 %. Sonstige Dinge, wie etwa politisch motivierte Schlägereien mit Rechts- oder Linksradikalen oder auch Schlägereien auf Demonstrationen mit der Polizei,

werden nur von einer kleinen Minderheit (um die 1 %) berichtet.

In der letzten Shell Jugendstudie hatten wir im statistischen Zusammenhang betrachtet neben einer geringeren Bildung und eher maternalistischen Wertorientierungen vor allem häufige Erfahrungen einer eigenen Diskriminierung im Alltag (insbesondere bei Migranten), häufigen Alkoholkonsum und einen eher autoritären Erziehungsstil der Eltern, der mit häufigem Streit verbunden ist, als Prädiktoren für eine Verwicklung in Schlägereien im Alltag identifizieren können. Auch in der neuen Studie sind die Faktoren signifikant. Daneben sind männliche Jugendliche mit 32 % nach wie vor weitaus häufiger als weibliche Jugendliche mit 15 % in Schlägereien (sei es als Täter oder auch als Opfer) verwickelt gewesen. Bei den 15- bis 17-jährigen treten gewaltsame Auseinandersetzungen am häufigsten auf. Hier berichtet fast jeder Dritte, in den letzten 12 Monaten in Schlägereien verwickelt gewesen zu sein. In dieser Gruppe ist darüber hinaus ein etwas größerer Anstieg in den berichteten Auseinandersetzungen zu verzeichnen gewesen (2006: 27 %, 2010: 31 %). In den anderen Altersgruppen ist der Anteil hingegen eher konstant geblieben (12- bis 14-jährige: 2006: 26 %, 2010: 28 %, 18- bis 21-jährige: 2006: 21 %, 2010: 23 %, 22- bis 25-jährige: 2006: 16 %, 2010: 16 %). Die Altersverteilung macht deutlich, dass es sich hierbei häufiger um solche jugendliche handelt, die noch zur Schule gehen und die berichten, in einem der von uns abgetragenen Bereiche in den letzten 12 Monaten in Schlägereien verwickelt gewesen zu sein. Am stärksten ist der Anteil der berichteten Schlägereien bei Hauptschülern angestiegen (2006: 37 %, 2010: 43 %). Bei Realschülern (28 %) und bei Gymnasialen (19 %) ist der Anteil im Zeitverlauf hingegen so gut wie konstant geblieben. Es ist in diesem Fall nicht allein der Bereich »Schlägereien in der Schule«, auf den im Einzelnen 25 %

der Hauptschüler 14 % der Realschüler und 6 % der Gymnasialisten verweisen, vielmehr haben die eher unspezifischen Schlägereien unter Jugendlichen ein ähnliches Gewicht.

Gewalt ist für mehr als jeden fünften Jugendlichen eine Erfahrung, die diese in den letzten 12 Monaten real erlebt haben. Das Ausmaß ist sicherlich unter-

schiedlich, aber der enge Zusammenhang zu Bildung und Lebenslage bringt an dieser Stelle den sozialen Druck, der auf den Jugendlichen lastet, als Rahmenbedingung und als latenten Auslöseprozess deutlich ins Blickfeld. Gewaltprävention bleibt von daher auch weiterhin ein zentrales Thema.

Ulrich Schneekloth, Mathias Albert

4 Entwicklungen bei den »großen Themen«: Generationengerechtigkeit, Globalisierung, Klimawandel

In der aktuellen Shell Jugendstudie möchten wir auch diesmal wieder die von uns als »große Themen« beschriebenen Fragestellungen aufgreifen. Hierbei handelt es sich um Basistrends, die für die heutige gesamtgesellschaftliche Entwicklung als Rahmenbedingungen in nationalen wie auch im internationalen Maßstab typisch sind und die die Lebenswirklichkeit der heutigen jungen Generation auch im Alltag mehr und mehr prägen. In den letzten Shell Jugendstudien hatten wir hierzu als internen Prozess das relative Altern der Gesellschaft im Zuge des demographischen Wandels sowie als externe Prozesse die Globalisierung und die Internationalisierung aufgegriffen. Für eine ganze Reihe von Indikatoren liegt inzwischen eine Zeitreihe vor, die es uns ermöglicht, die Querschnitts-Momentaufnahmen zu überprüfen und durch Trendaussagen zu ergänzen. Als neuen Schwerpunkt haben wir in diesem Jahr ihre Einstellungen zum Klimawandel vertiefend mit erhoben. Die Problematik des Klimawandels ist für die gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig bedeutsam und gleichzeitig aufgrund der breiten öffentlichen Resonanz offenbar auch und mehr relevant für das alltägliche Handeln (Kuckartz u. a. 2007).

4.1 Jung und Alt im demographischen Wandel

Mit dem Begriff des demographischen Wandels wird der in allen modernen Industriegesellschaften zu beobachtende Prozess der relativen Alterung der Bevölkerung beschrieben. Im Jahre 1970 betrug der Anteil der jüngeren Menschen im Alter bis unter 20 Jahre noch 29,7 % an der deutschen Gesamtbevölkerung. 65 Jahre und älter waren damals 13,3 %. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren hingegen nur noch 21,1 % im Vergleich zu 16,6 % Menschen im Alter ab 65 Jahren. Nach der Projektion der zur Zeit aktuellen Zwölferten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (mittlere Variante 1-W1; Statistisches Bundesamt 2010) wird im aktuellen Jahr 2010 der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren mit prognostizierten 18,7 % unterhalb des Anteils der älteren Menschen ab 65 Jahren mit etwa 20,6 % liegen. Je nach Szenario wird sich diese Entwicklung in den folgenden Jahren weiter verstärken (mittlere Variante 1-W1; Bezugsjahr 2020: 17,1 % jüngere Menschen unter 20 Jahren im Vergleich zu 23,3 % älteren Menschen ab 65 Jahren; Bezugsjahr 2030: 16,7 % jüngere Menschen unter 20 Jahren im Vergleich zu 28,8 % älteren Menschen ab 65 Jahren).

Ursächlich für diese Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung sind